„…*alleine* hätte ich das *nie* geschafft!“

Zivilgesellschaftliche Ausstiegsberatung in **Nordrhein-Westfalen**.

NinA NRW

„...*alleine* hätte ich das *nie* geschafft!“

Zivilgesellschaftliche Ausstiegsberatung in Nordrhein-Westfalen.

Herausgeber

NinA NRW

Projektleitung: Gerd Specht

RE/init e.V.

Recklinghäuser Arbeitsförderungsinitiative

Am Steintor 3

45657 Recklinghausen

Telefon: 02361 3021-0

Telefax: 02361 3021-444

E-Mail: info@reinit.de

NRWeltoffen

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben!

demokratie leben

Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis 3

Vorbemerkungen – 10 Jahre zivilgesellschaftliche Ausstiegsarbeit in Nordrhein-Westfalen 5

Wie wir unsere Arbeit verstehen – Grundsätze zivilgesellschaftlicher Ausstiegsarbeit von NinA NRW 9

Was bedeutet Ausstieg? – Eine kritische Einordnung 15

Einblick in unser Beratungsangebot 21

***Clearingverfahren** – Bedarfsanalysen und Einschätzung* 21

***Die müssen nur wollen!** – Ausstiegsberatung in unfreiwilligen Kontexten* 24

***Zielgruppe Kameradin:** Herausforderungen für die Arbeit mit Aussteigerinnen* 27

***Like oder Dislike:** Ansprache über die sozialen Medien* 31

***„Vielleicht können Sie mal mit 'nem Aussteiger vorbeikommen?" –** Wie politische Bildung mit Ausgestiegenen gelingen kann* 34

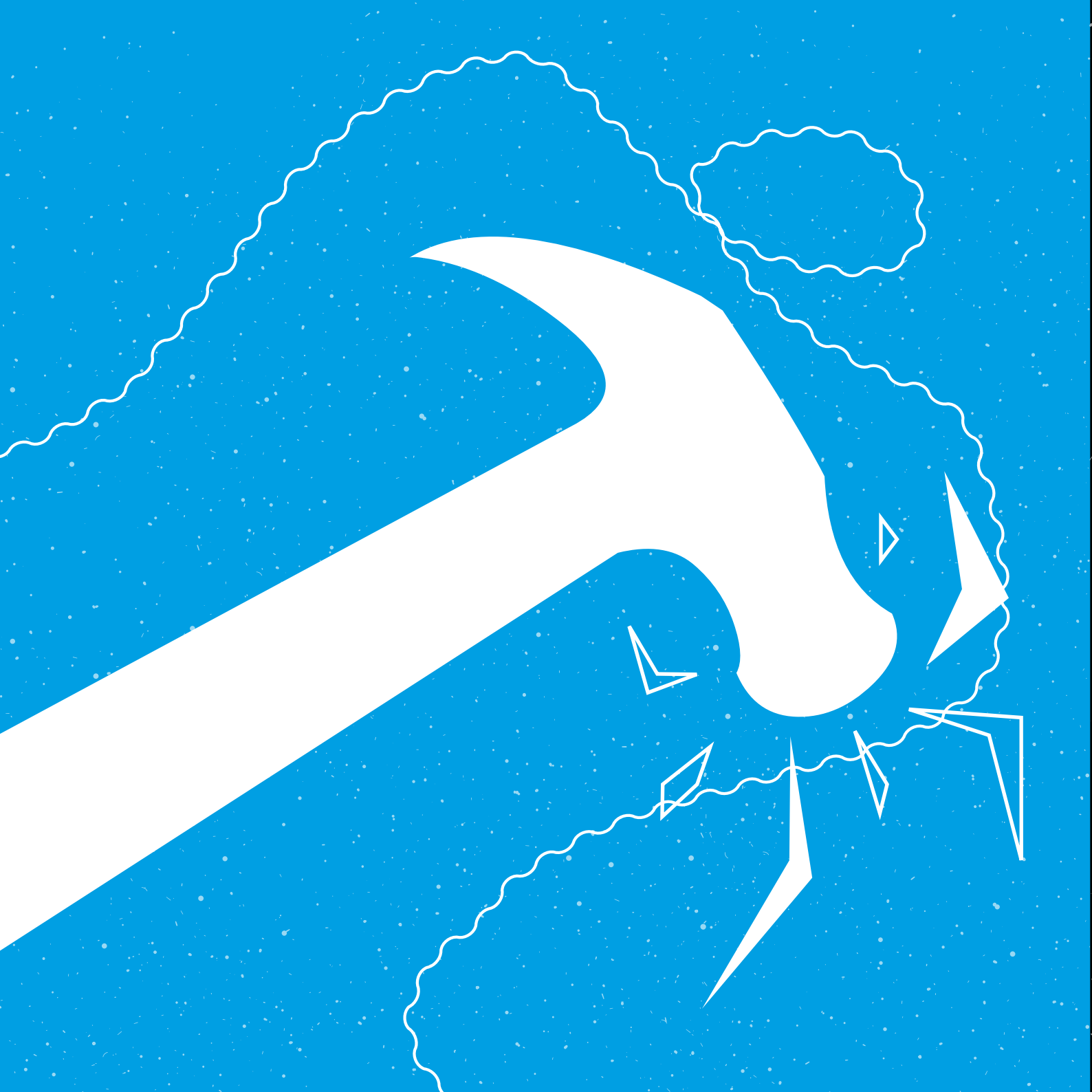
Zusammenarbeit im Netzwerk 39

„Gut vernetzt und sortiert" - Zur Zusammenarbeit von Mobiler Beratung und NinA NRW 39

Über die Landesgrenzen hinaus... Vernetzung! 43

10 Jahre Ausstiegsberatung – und nun? Ausblick auf neue Herausforderungen 49

Kontakte und Ansprechpartner*innen 52



Vorbemerkungen

10 Jahre zivilgesellschaftliche Ausstiegsarbeit in Nordrhein-Westfalen

„Aber irgendwann, da ist einfach diese Mauer gebröckelt, zusammengebrochen. Man hat dann einfach gedacht, das ist falsch, das stimmt nicht."

Früher oder später beginnen viele Menschen aus extrem rechten Strukturen zu zweifeln. Das allein reicht aber für einen Ausstieg nicht aus. Denn damit verbunden ist die Frage: Ausstieg ja, aber wohin danach? Um auf diese Frage eine Antwort zu finden und die vielschichtigen Bedarfe ausstiegswilliger Menschen in den Blick zu nehmen, hat RE/init e. V. 2009 mit NinA (Neue Wege in Ausbildung und Arbeit) das erste zivilgesellschaftliche Ausstiegsprojekt in Nordrhein-Westfalen gegründet. Ursprünglich, wie der Name andeutet, lag der Fokus auf Ausstieg durch gelungene Integration in den Arbeitsmarkt. Das Tätigkeitsfeld beschränkte sich zunächst auf die Emscher-Lippe-Region.

Heute, 10 Jahre später, sind wir unter dem neuen Namen NinA NRW (Neue Wege in der Ausstiegsberatung für rechtsextreme Jugendliche und Erwachsene) nicht nur geographisch zu einem landesweiten Beratungsangebot gewachsen, auch die Größe unseres Teams hat sich auf mittlerweile vier Planstellen verdoppelt. Durch die kontinuierliche Entwicklung von Qualitätsstandards ist außerdem unser Portfolio wesentlich breiter geworden. Die Integration in den Arbeitsmarkt spielt noch immer eine große Rolle für die Stabilisierung der Lebenssituationen, ist aber nicht mehr unser alleiniger Fokus. Der Grund für die Erweiterung unseres Angebots ist unsere heterogene Klientel. Entgegen gängiger Vorurteile gibt es den*die Nazi ebenso wenig wie den*die Aussteiger*in. Auch nach 98 von uns beratenen Aussteiger*innen, 17 begleiteten Bezugspersonen[1] wie Eltern, Partner*innen oder Geschwistern und 29 durchgeführten Interventionsberatungen[2] sprechen wir nicht von typischen oder exemplarischen Fällen. Die Bandbreite der Distanzierungen reicht von stark gewalttätigen und militanten sowie be-

1 Beratung von Bezugspersonen wird seit 2015 angeboten.
2 Interventionsberatungen werden seit 2016 durchgeführt, bzw. erhoben. Hierbei handelt es sich um Fälle, die sich nach maximal fünf Beratungsgesprächen gegen eine Zusammenarbeit mit uns entschieden haben, bei denen der Beratungsbedarf nur gering war oder die (wie unter „Die müssen nur wollen!" beschrieben) in unfreiwilligen Kontexten kurzfristig von uns beraten wurden.

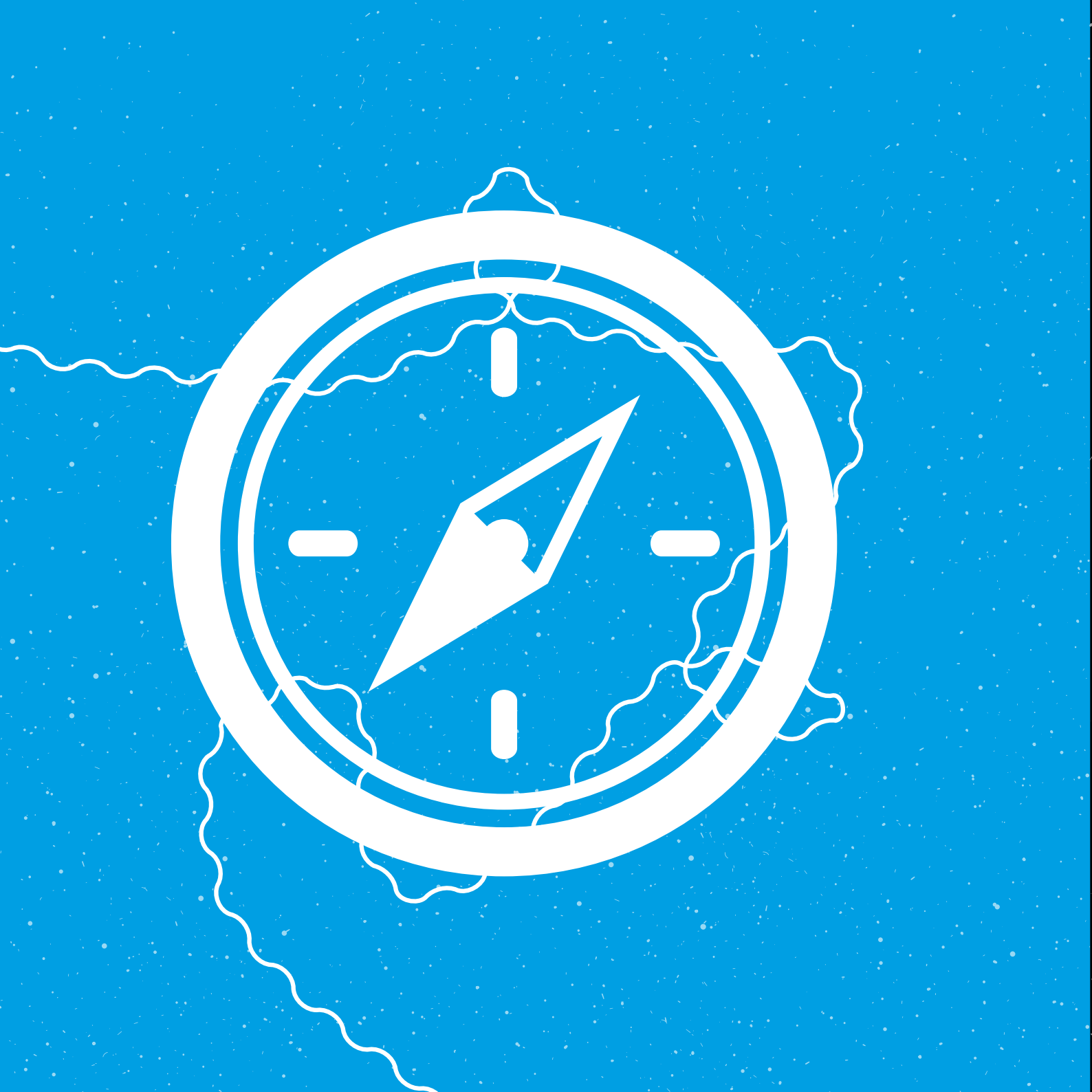
waffneten Gruppierungen mit strikter Organisation über rechtsintellektuelle/neurechte Milieus bis hin zu Grauzonen oder Mischszenen mit starken Überschneidungen in den Rechtsextremismus, beispielsweise Hooligans. Die Bedarfe unserer Adressat*innen sind dabei nicht weniger vielfältig. Sie umfassen etwa Suchterkrankungen, Schulden, (drohende) Wohnungslosigkeit, Gewalttätigkeit und Gewalterfahrungen, Haft, Gefährdung durch ehemalige Kamerad*innen oder Arbeitslosigkeit. Die Liste ließe sich noch weiterführen, wobei die meisten Adressat*innen mehrere Bedarfe haben. Das hat zur Folge, dass von uns begleitete Ausstiege zwischen drei und fünf Jahre dauern. Das Thema Sicherheit spielt in allen Fällen eine große Rolle. Die Angst vor Rache aus der Szene durch das Outing als „Verräter*in" ist groß, weil es sich bei Kameradschaft um einen vielbeschworenen Wert in der Szene handelt. Viele – aber nicht alle – der von uns beratenen Menschen sind Übergriffen ehemaliger Kamerad*innen ausgesetzt. Deswegen entwickeln wir in jedem Fall ein individuelles Sicherheitskonzept. Ist es erforderlich oder besteht der Wunsch, auch räumlich Abstand zu gewinnen, organisieren wir Umzüge in andere Bundesländer inklusive der Vermittlung in ein entsprechendes zivilgesellschaftliches Beratungsangebot vor Ort.

Beim Zugang zur Zielgruppe sind wir auf ein starkes Netzwerk von Kooperationspartner*innen angewiesen, da wir andernfalls mit vier Planstellen nicht den Bedarf des Bundeslandes decken könnten. Ein großer Teil unserer Arbeit besteht daher in der Pflege und dem Ausbau unseres Netzwerks. Dazu stellen wir 50- bis 60-mal im Jahr das Projekt in verschiedenen Einrichtungen vor, halten Vorträge zu Einstiegs- und Ausstiegsprozessen oder bilden Fachkräfte in diesem Thema fort. Zusätzlich veranstalten wir zwei- bis dreimal jährlich eigene Fachveranstaltungen für ein interessiertes Publikum mit Themen aus der Rechtsextremismusprävention und -intervention. Darüber hinaus engagieren wir uns in der Bundesarbeitsgemeinschaft Ausstieg zum Einstieg, dem Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen und kleineren Arbeitskreisen auf kommunaler Ebene. Dadurch können wir schnell auf Bedarfe reagieren und passende Angebote entwickeln sowie gegebenenfalls weitervermitteln.

Ursprünglich als Maßnahme zur beruflichen Wiedereingliederung konzipiert, hat sich NinA NRW im Laufe der Zeit über das Bundesprogramm XENOS – Integration und Vielfalt bis hin zur aktuellen Förderung durch die Landeszentrale für politische Bildung und das Bundesfamilienministerium im Rahmen von Demokratie leben! zu einem festen Teil der Beratungsstruktur gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen entwickelt. Die selbstgesetzten Maßstäbe an die Vertraulichkeit der Beratung haben jedoch teilweise den Eindruck erweckt, Ausstiegsarbeit sei undurchsichtig. Diese Broschüre soll daher einen Beitrag dazu leisten, unser Verständnis von Ausstiegsarbeit, das Angebotsspektrum und die Arbeitsweise transparenter zu machen. Sie soll Schlaglichter werfen auf einzelne Bausteine, kann dabei aber nicht alle in Gänze darstellen. Auf diese Broschüre sollen daher weitere Publikationen folgen, in denen wir uns bestimmten Themen intensiver widmen, Standpunkte in Debatten beziehen und Einblicke in solche Teile der Praxis geben, die hier nicht beachtet werden konnten.

Auf einen allgemeineren Teil zu unserem Selbstverständnis und einer kritischen Einordnung des Begriffs Ausstieg folgen Beiträge, die einen praxisbezogenen Einblick in die Beratungsarbeit geben. Wie bereits erwähnt, legt das Netzwerk aus Kooperationspartner*innen die Grundlage für den Zugang zur Zielgruppe. Das Team der Mobilen Beratung im Regierungsbezirk Münster beschreibt dazu Chancen und Perspektiven der Zusammenarbeit auf Landesebene, während Silke Gary von Kurswechsel aus Hamburg die bundesweite Kooperation zivilgesellschaftlicher Ausstiegsberatungen beleuchtet. Zum Schluss geben wir dann einen Ausblick auf die nächsten Entwicklungsschritte von Nina NRW.

*Die hier verwendeten Zitate stammen aus Interviews mit unseren Aussteiger*innen, die im Rahmen von wissenschaftlichen Studien oder Pressereportagen entstanden sind. Sind solche Projekte mit unseren Kriterien an die Vertraulichkeit der Beratung zu vereinbaren, bringen wir gerne unsere Expertise ein oder vermitteln Interviewpartner*innen. Für Anfragen können Sie sich an **nina.nrw@reinit.de** wenden.*



Wie wir unsere Arbeit verstehen

Grundsätze zivilgesellschaftlicher Ausstiegsarbeit von NinA NRW

Verständnis von Rechtsextremismus

Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind keine Randphänomene, sondern gesamtgesellschaftliche Erscheinungen. Als solche muss eine Auseinandersetzung mit ihnen auf breiter Basis sowohl individuell als auch strukturell stattfinden. Wir verstehen Ausstiegsarbeit als Teil dieser gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Themenfeld Rechtsextremismus/ Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In unserem Verständnis davon richten wir uns nach der Definition von Hans-Gerd Jaschke, die Einstellungs- und Verhaltensmuster gleichermaßen einbezieht:

***„Unter ‚Rechtsextremismus' verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen."*[3]

Zielgruppe

Wir verstehen Rechtsextremismus nicht als ein statisches Phänomen. Insbesondere die jugend- und subkulturellen Ausprägungen des Rechtsextremismus befinden sich stetig im Wandel. Die Gruppierungen, die heute unter dem Sammelbegriff rechte Szene gefasst werden, sind eine Mischung aus unterschiedlichen Zusammenschlüssen, Freundeskreisen, Kameradschaften, Parteien usw., die unterschiedlich stark institutionalisiert und organisiert sind.[4] Sie alle gehören jedoch zu unserer Zielgruppe. Deshalb macht stetige Recherche zu Themen, Strukturen und Akteur*innen einen Teil unserer Arbeit aus. In einer stark ausdifferenzierten rechten Szene ist ein Drinnen und Draußen nicht so leicht zuzuordnen, wie es vermeintlich noch in den 1990er Jahren bei rechten Skinheads der Fall war. Nicht nur

3 Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe,Positionen, Praxisfelder. 2. Auflage. Opladen: Westdeutscher Verlag
4 Vertiefend dazu auch die Qualitätsstandards der BAG Ausstieg zum Einstieg e.V. abrufbar unter www.ausstiegzumeinstieg.de

das äußere Erscheinungsbild ist durch Anlehnungen an verschiedene Jugend- und Subkulturen subtiler geworden, auch die lebensweltlichen Zugänge für junge Menschen sind einfacher, die Aktivitäten teils unverbindlicher geworden. Viele unserer Adressat*innen wechseln zwischen verschiedenen Szenen, halten sich in Grauzonen auf und handeln dabei unter Umständen widersprüchlich. Menschen, die sich in rechten (Misch-)Szenen bewegen, haben trotz leichterer Zugänge und zum Teil weniger verbindlichen Aktivitäten aber keinen geringeren Bedarf an Ausstiegsberatung. Der Ausstieg – verkürzt als singuläres Ereignis verstanden – ist in solchen Fällen leichter zu organisieren, trotzdem müssen Alternativen entwickelt werden.

Pädagogische Haltung und Zielsetzung

Ziele unserer Beratungsarbeit sind auf gesellschaftlicher Ebene die Eindämmung rechter und rassistischer Gewalt und auf individueller Ebene die Erarbeitung alternativer Entwürfe zum Leben in der rechten Szene. Beide sind in der praktischen Arbeit nicht voneinander zu trennen und ergeben bei Erfolgen eine positive Dynamik für den Opferschutz und die demokratische Kultur in Nordrhein-Westfalen. Als Ausstiegsprojekt vertreten wir auch den Adressat*innen gegenüber eine demokratische und menschenrechtsorientierte Grundhaltung. Wir treten für die Gleichwertigkeit aller Menschen ein und positionieren uns aktiv gegen menschenverachtende Einstellungen und Verhaltensweisen. Die wertschätzende Arbeit mit einer Zielgruppe, die diesen Prinzipien aktiv entgegengewirkt hat, verstehen wir aber nicht als Widerspruch. Nur durch eine offene und auf eine tragfähige Beziehung ausgerichtete Arbeit können komplexe Distanzierungsprozesse begleitet und Alternativen für ein Leben ohne Hass und Gewalt erarbeitet werden.

Ebenso wie die Wertschätzung unseren Adressat*innen als Personen gegenüber stellt die Einnahme einer systemischen Perspektive auf individuelle Problemlagen einen Grundpfeiler unserer pädagogischen Haltung dar. Ausstiegsarbeit umfasst in den meisten Fällen Multiproblemlagen von Menschen. Diese können unserer Ansicht nach nur innerhalb ihrer sozialen Systeme verstanden und bearbeitet werden. Ein stabiles soziales Gefüge wie eine Partnerschaft oder die Familie stellt zudem eine wichtige Ressource für die nachhaltige Abkehr von rechter Szene und Ideologie dar. Daher richtet sich unser Angebot auch an Bezugspersonen aus dem Umfeld der Aussteiger*innen, wobei es sich in den meisten Fällen um Eltern, Partner*innen oder Geschwister handelt.

Besonderes Augenmerk liegt auf einem niedrigschwelligen Zugang zum Angebot für die Adressat*innen. Voraussetzung für die Zusammenarbeit ist zu Beginn nur die Gesprächsbereitschaft, die sich auch auf die Bereitschaft zur kritischen Auseinandersetzung mit den eigenen Einstellungen erstreckt. Wir verstehen Einstiege und Ausstiege als prozesshafte Entwicklungen, entstanden durch individuell motivierte Entscheidungen. Teil der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit ist auch die Übernahme von Verantwortung für diese Entscheidungen, denn es „rutscht" niemand zufällig in solche Szenen. Es gibt äußere Faktoren, die einen Einstieg begünstigen oder erschweren können. Davon unabhängig steht aber jedem Menschen das Recht zu, sich zu verändern und dabei auch Unterstützung zu erfahren. Eine rein sozialpädagogische Unterstützung ohne die Aufarbeitung der Ideologie findet bei NinA NRW dennoch nicht statt. **(„Die müssen nur wollen!")**

Rahmenbedingungen

Wir arbeiten zu Beginn jeder Beratung grundsätzlich mit zwei Berater*innen. Dadurch wird dem Sicherheitsaspekt für die Mitarbeiter*innen Rechnung getragen und die bestmögliche Betreuung der Adressat*innen gewährleistet. Mit ihnen kooperieren wir auf Augenhöhe und vereinbaren gemeinsame, transparente Ziele und Absprachen für die Zusammenarbeit. Wir agieren mit professioneller Echtheit und formulieren klar unsere Erwartungen und auch Grenzen.

Methodisch orientieren wir uns an den Bedarfen und Ressourcen der Adressat*innen. Unsere formellen Beratungsstandards lassen ausreichend Raum, die Arbeit individuell auszugestalten. Um ein möglichst hohes Maß an Professionalität zu gewährleisten, finden in regelmäßigen Zeitabständen interne Fallbesprechungen statt. Verantwortliche Entscheidungen werden aber von den direkten Berater*innen getroffen. Regelmäßig findet Supervision statt, um Anregungen zum Vorgehen aus externer Perspektive zu bekommen.

Wir haben einen hohen fachlichen Anspruch an unsere Arbeit, weshalb wir Methoden und Ansätze der Ausstiegsarbeit stetig im Team weiterentwickeln und uns auf Bundesebene aktiv in die Etablierung und Weiterentwicklung von Qualitätsstandards einbringen. Wir verpflichten uns zu Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit und Fachwelt. Sind Anfragen von Wissenschaftler*innen und Pressevertreter*innen mit unseren Ansprüchen an die Vertraulichkeit der Beratungsinhalte zu vereinbaren, prüfen wir eine weitere Zusammenarbeit mit ihnen.

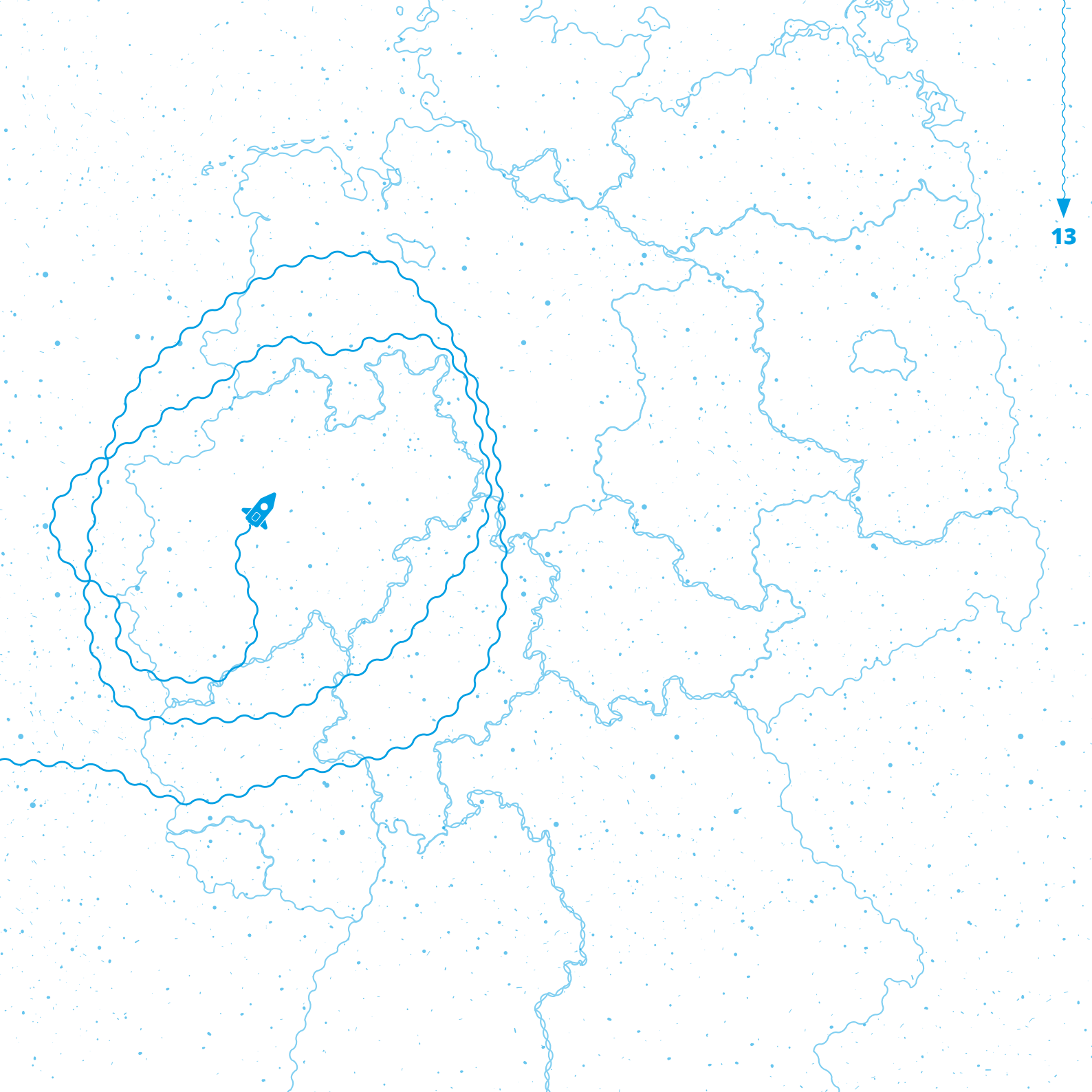
Strukturelle Einbindung von NinA NRW

Als anerkannter Träger der Jugendhilfe erfüllt RE/init e. V. mit dem Projekt NinA NRW staatliche Aufgaben gemäß dem Subsidiaritätsprinzip und versteht sich dementsprechend nicht als Konkurrenz zu staatlichen Angeboten der Ausstiegsarbeit. Im Gegenteil schätzen und fördern wir den fachlichen Austausch mit diesen Stellen auf Landes- und Bundesebene. Die Notwendigkeit zivilgesellschaftlicher Ausstiegsarbeit hat in diesem sensiblen Arbeitsfeld vor allem auch inhaltliche Gründe. So entsteht kein Interessenkonflikt zwischen dem staatlichen Auftrag zur Informationsgewinnung über verfassungsfeindliche Strukturen und dem Bedürfnis der Adressat*innen nach Anonymität und Vertraulichkeit. Ebenso wenig unterliegen Berater*innen von NinA NRW dem Legalitätsprinzip und können dadurch im Rahmen der Beratung auch Straftaten thematisieren, die nicht zur Anzeige gebracht wurden. Mitarbeiter*innen von NinA NRW haben grundsätzlich einen pädagogischen Hintergrund.

Beratungsarbeit in Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen baut die staatlich geförderte zivilgesellschaftliche Beratungsarbeit gegen Rechtsextremismus wie in vielen anderen Bundesländern auch auf drei Säulen auf: Mobile Beratung, Opfer-/Betroffenenberatung und Ausstiegsberatung. Wir befürworten diese Aufteilung, da sie auf der einen Seite eine enge Zusammenarbeit ermöglicht und auf der anderen Seite Interessenkonflikte – zum Beispiel aufgrund unklarer Zielgruppendefinitionen zwischen den Stellen – vermeidet.

Ausstiegsarbeit muss daher als gleichberechtigte Säule ebenso wie die anderen Angebote langfristig etabliert werden.



Was bedeutet Ausstieg?

Eine kritische Einordnung

Was meinen wir eigentlich, wenn wir von Ausstieg sprechen?

> ***„Wir (...) haben ein neues Leben angefangen. Ohne die."***

Ein neues Leben anfangen, aussteigen, das klingt nach einer einfachen Entscheidung, die sogleich umgesetzt wird und sozusagen im selben Moment geschehen ist. Aus diesem Grund kann der im wörtlichen Sinn verstandene Begriff Ausstieg missverständlich sein, er suggeriert ein singuläres Ereignis statt einen langwierigen und andauernden Prozess. Ebenso verweist der Begriff Ausstieg fälschlicherweise auf die Annahme, dass es sich bei der extremen Rechten um eine klar abgrenzbare Gruppe, abseits einer „demokratischen Mitte" handelt, aus der nur ausgestiegen werden müsse, um nicht mehr dazuzugehören.

Wir sprechen im Kontext Rechtsextremismus nicht von einer homogenen Gruppe, sondern von einer Szene, unter der wir ein komplexes Geflecht aus Einstellungen, Gruppen, Subszenen und Strukturen verstehen **(⇶ Wie wir unsere Arbeit verstehen)**.

So vielschichtig die Szene selbst ist, reichen auch die Hintergründe der Aussteiger*innen von Rechtspopulist*innen/Rassist*innen über Parteikader bis hin zu Hooligans und unorganisierten Einzelpersonen. Gemein ist ihnen allen allerdings ein Weltbild, das auf menschenverachtenden Einstellungen basiert und gemäß der Definition von Jaschke **(⇶ ebd.)** der extremen Rechten zugeordnet werden kann. Um den angeführten Missverständnissen bezüglich des Ausstiegsbegriffs vorzubeugen, sprechen wir von Distanzierung beziehungsweise Ausstiegsprozess. Dies verdeutlicht, dass ein Ausstieg ein dynamischer, andauernder, herausfordernder Prozess ist, der ebenso von stetigen Teilerfolgen und Fortschritten wie von Rückschlägen gekennzeichnet ist.

Was motiviert zur Distanzierung und wie gestaltet sich dieser Prozess?

Die Motive für eine Distanzierung sowie deren Verlauf sind bei allen Teilnehmer*innen unterschiedlich. Bei manchen hat schon vor dem ersten Kontakt mit der Ausstiegsberatung ein Umdenkprozess begonnen, sie schaffen es jedoch nicht, sich allein von ihrem gewohnten Umfeld zu lösen. Meist entsteht der Erstkontakt über eine dritte Person, beispielsweise über Sozialarbeiter*innen aus unterschiedlichen Bereichen wie den Justizvollzugsanstalten, der Jugendgerichtshilfe, der Schule oder dem Jugendamt. Das erste Gespräch findet dadurch in der Regel gemeinsam mit der vermittelnden Person statt. In anderen Fällen melden sich Ausstiegswillige über unsere Helpline, unsere Website oder per Brief bei uns persönlich. Manche werden auch durch eine Bewährungsauflage oder Weisung zu einer Zusammenarbeit mit uns verpflichtet **(„Die müssen nur wollen!“)**. Die Beweggründe, sich bei einer Ausstiegsberatungsstelle zu melden, können vielfältig sein, ein isolierter, allein maßgeblicher Grund war aber bisher in keinem Fall auszumachen. Stattdessen lag immer ein Zusammenspiel aus verschiedenen Motivationslagen vor. Manchmal geben Bezugspersonen mit einer anderen Haltung den Ausschlag für erste Zweifel und Irritationen oder es gibt Veränderungen im sozialen Umfeld, etwa eine neue Partnerschaft. Einige Ausstiegswillige wollen in Zukunft staatliche Repression vermeiden. Konflikte, Gewalterfahrungen und Enttäuschungen innerhalb der Szene können ebenso für den Beginn der Distanzierung ausschlaggebend sein. Auch ist es bereits aufgetreten, dass eine Person, die sich schon vor einer Weile aus rechten Strukturen und Szenen gelöst hatte, Angst vor einem Rückfall in alte Einstellungs- und Verhaltensmuster bekam und uns um Unterstützung bat. In allen Fällen sind es individuell verschiedene Gründe, die jeweils unterschiedlich stark motivieren, sich aus alten Handlungs- und Einstellungsmustern zu lösen.

Neben Gründen, die für eine Distanzierung sprechen, existieren für Ausstiegswillige auch immer Gründe dagegen. Ziel ist es jedoch, den Ausstiegsprozess so zu begleiten, dass Motivationen aufrechterhalten bleiben und Veränderungen angeregt werden. Dies ist insofern schwierig, als dass viele Ausstiegsprozesse von einem ambivalenten und widersprüchlichen Handeln und Denken geprägt sind. So steht für manche Aussteiger*innen eine rassistische Einstellung nicht im Widerspruch zur Freundschaft mit einer Person of Color. Ein Teilnehmer machte in seiner Justizvollzugsanstalt Werbung für das Projekt NinA NRW bei seinen Mitinsassen und

trat gleichzeitig einer extrem rechten Partei bei. Diese Beispiele geben einen kleinen Ausschnitt der Distanzierungsprozesse wieder, die wir in unserer alltäglichen Arbeit begleiten. Sie zeigen, dass Ausstiegsprozesse nicht von heute auf morgen passieren und linear verlaufen, sondern durch ihre Komplexität und Herausforderungen einer langfristigen Begleitung bedürfen.

Wann sprechen wir von einem gelungenen Ausstieg beziehungsweise einer gelungenen Distanzierung?

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Ausstieg zum Einstieg e. V. hat zur Definition eines gelungenen Ausstiegsprozesses eine Leitlinie erarbeitet, nach der wir uns als Mitgliedsverein richten:

> ***„Ein gelungener Ausstieg ist das Ergebnis eines professionell begleiteten Prozesses. Er beinhaltet den Verzicht auf Gewalt, die kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der menschenverachtenden Einstellung, eine gelungene Distanzierung sowie die Hinwendung zu einer Lebensweise, die mit den Grundwerten von Demokratie und Pluralität vereinbar ist. Es ist ein flexibler, freiwilliger, zeitlich begrenzter, ergebnisoffener Prozess. Dieser kann auch z.B. in Form von Auflagen und Weisungen initiiert werden.“***[5]

Distanzierung bedeutet somit nicht nur die Auseinandersetzung und Infragestellung des bisherigen Weltbildes, sondern auch eine Veränderung der Lebensführung. Dies gelingt nur, wenn die in Aussicht gestellten neuen Optionen subjektiv attraktiver erscheinen als die vergangenen beziehungsweise gegenwärtigen.

Zur Erarbeitung von demokratischen und pluralistischen Grundwerten ist die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Einstellung unabdingbar. Diesem Ziel gehen wir auf unterschiedliche Art und Weise nach. Wir geben Informationen zu unterschiedlichen Themen, überprüfen die Quellen von Informationen, setzen uns mit verinnerlichten Werten auseinander und üben die Dekonstruktion von Vorurteilen. Ob eine Person Einstellungen vertritt, die mit Demokratie und Pluralität vereinbar sind, ist schwer messbar. Diese Beurteilung kann nur die*der Berater*in vornehmen, die*der die ausstiegswillige Person schon längere Zeit begleitet hat. Die Kriterien für das Vorliegen einer ideologischen Distanzierung beziehen sich dabei auf die von uns verwendete Definition von Rechtsextremismus (➲ **Wie wir unsere Arbeit verstehen**).

5 www.ausstiegzumeinstieg.de

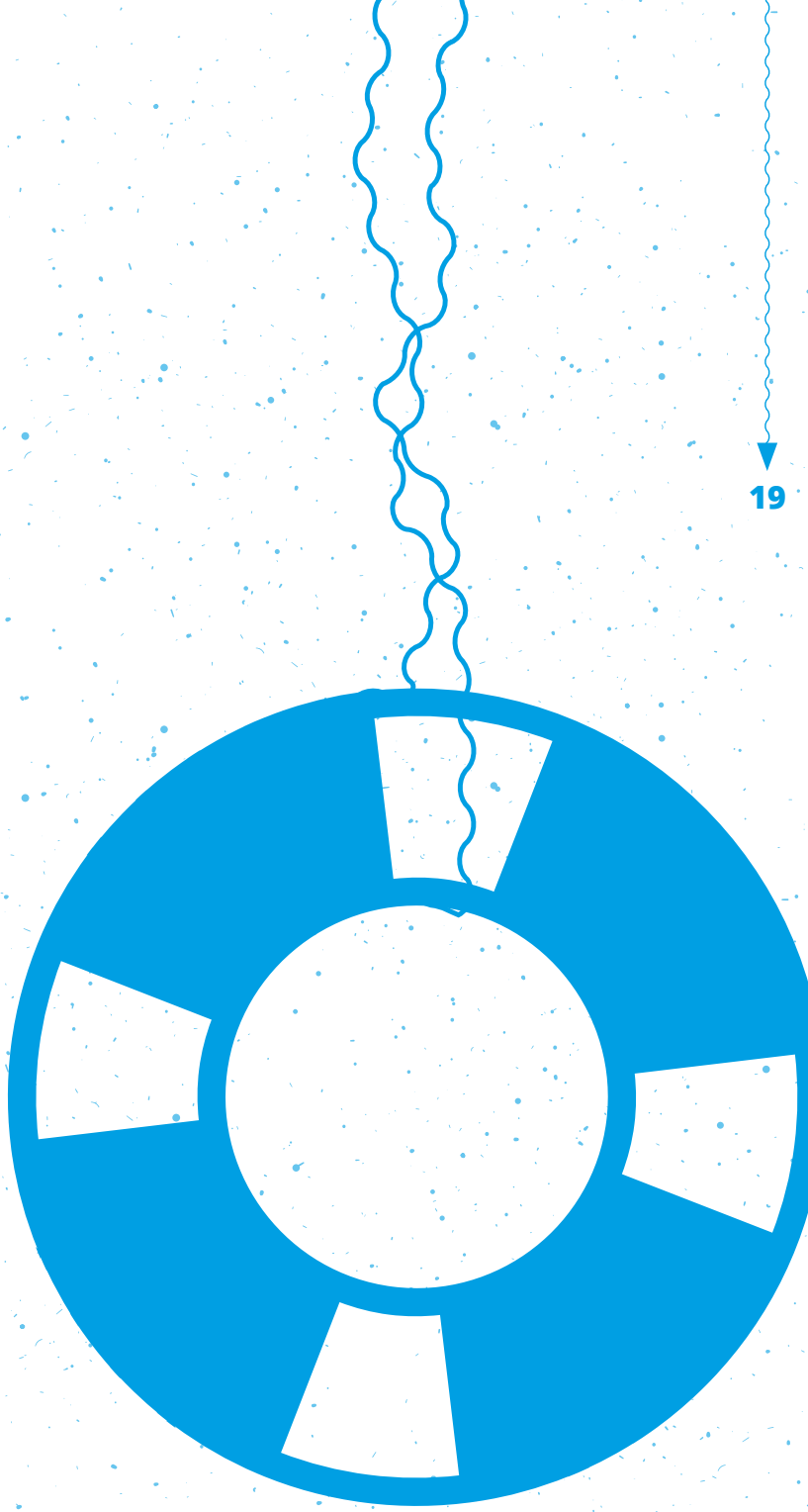
Zunächst jedoch ist für einen gelungen Ausstiegsprozess der Verzicht auf Gewalt unabdingbar, da sie ein zentraler und zum Teil alltäglicher Bestandteil in vielen extrem rechten Zusammenhängen ist. Gewalt passiert sowohl innerhalb der Szenen und Strukturen wie aus ihnen heraus. Um Gewaltfreiheit zu erreichen, erarbeiten wir gemeinsam mit Ausstiegswilligen alternative Handlungs- und Konfliktbewältigungsstrategien. Hierzu setzen sich die Ausstiegswilligen mit vergangenen Gewalterfahrungen auseinander, wobei ein wesentlicher Aspekt der eingesetzten Methoden die Einnahme der Opferperspektive sowie die Entwicklung von Empathie ist.

Ebenso wie den Verzicht auf Gewalt erwarten wir die Aufgabe der aktiven Beteiligung an rechtsextremen Strukturen, den Verzicht auf politische Aktivitäten, beispielsweise in Form der Teilnahme an Demonstrationen, und den Kontaktabbruch zu ehemaligen Kamerad*innen. In Ausstiegsprozessen spielen aus diesem Grund die Unterstützung bei der Neugestaltung des Alltags und gegebenenfalls die Entwicklung einer beruflichen Neuorientierung eine wichtige Rolle, um eine fortdauernde Distanzierung, ideologisch wie sozial, zu gewährleisten. Damit die Entscheidung zur Distanzierung bei Aussteiger*innen stabil bleibt, ist es essenziell, die neu gewonnene Zeit sinnstiftend und mit neuen Inhalten zu füllen. Gemeinsam mit den Ausstiegswilligen werden realistische Möglichkeiten und Ziele formuliert, die an die Ressourcen der jeweiligen Person angepasst sind. Typische Beispiele sind etwa die Anknüpfung an Freundschaften ohne Szenekontakte oder der Beginn einer neuen Ausbildung in einem neutralen Umfeld.

Sicherlich gibt es in unserer alltäglichen Arbeit Fälle, die abgeschlossen werden müssen, ohne die oben genannten Leitlinien gänzlich zu erfüllen. Ein Teilnehmer beschrieb sich einmal gegenüber einer Ausstiegsberater*in als „Nationalsozialist in Rente“. Er verstand sich als ideologisch gefestigt, verzichtete aber auf Gewalt und Aktivitäten in der Szene. In solch einem Fall sprechen wir nicht von einer gelungenen Distanzierung. Trotzdem sehen wir eine Veränderung, die dem Ziel unserer Arbeit, Rechtsextremismus einzudämmen, insofern nahekommt, als dass die Person nicht mehr gewalttätig handelt und ihre Ideologie nicht mehr öffentlich vertritt. In jedem Fall versuchen wir den bestmöglichen Distanzierungsprozess im Rahmen der Beratung und der damit verbundenen Möglichkeiten anzustoßen, orientieren uns aber immer an realistischen Veränderungschancen und Zielen.

Braucht es uns?

Immer wieder merken wir in Gesprächen mit aktuellen Teilnehmer*innen und mit Menschen, die unserer Einschätzung nach einen gelungenen Distanzierungsprozess vollzogen haben, dass Hilfe von außen eine wichtige Stütze ist. Häufig fehlen verlässliche Ansprechpersonen. Mit Kamerad*innen können Ausstiegsüberlegungen nicht verbalisiert werden und manchmal existieren sogar keine Kontakte mehr außerhalb der rechtsextremen Szene. Wir bieten auch in solchen Situationen eine verlässliche und wertschätzende Beziehung, Beratung und Begleitung an, um einen Beitrag zur Bekämpfung von Rechtsextremismus auf individueller und struktureller Ebene zu leisten.



Einblick in unser Beratungsangebot

CLEARINGVERFAHREN – BEDARFSANALYSEN UND EINSCHÄTZUNG

Hakenkreuzschmierereien in der Schule, rechte Cliquen im Jugendzentrum, Gefangene in Szenekleidung – mit anhaltender Dauer des Projekts NinA NRW wurden vermehrt verschiedenartige Problemlagen an uns herangetragen. Dabei zeigte sich in den Gesprächen mit Sozialarbeiter*innen oder anderen Multiplikator*innen eine allgemeine Unsicherheit bezogen auf das Thema Rechtsextremismus. Neben Fragen zum Umgang traten vor dem Hintergrund, „etwas dagegen tun zu wollen", Fragen zur Szene, zur Ideologie oder zu Symboliken auf.

Um Mittel und Wege zu finden, den Anfragenden Unterstützung zukommen zu lassen, entwickelten wir im Laufe der Zeit ein Clearingverfahren, das aufklären und unterstützen, aber auch weitere Handlungsmöglichkeiten für Multiplikator*innen aufzeigen soll. Innerhalb eines fachlichen Umfelds wollen wir Erfahrungen weitergeben und gleichzeitig die Möglichkeit gewinnen, Kontakte zu Adressat*innen aufzubauen.

Ansprechpartner*innen sind zunächst Multiplikator*innen, die bei Gruppen oder Einzelpersonen auffällige (extrem) rechte Orientierungen wahrnehmen und an uns herantreten. So kommen beispielsweise Schulsozialarbeiter*innen oder Mitarbeiter*innen des Sozialen Dienstes einzelner Justizvollzugsanstalten, die verurteilte Personen mit (extrem) rechtem Hintergrund und/oder einschlägigen politischen Straftaten betreuen, auf uns zu und bitten um Rat. Je nach Personenkonstellationen und Problemlagen werden in einem ersten Gespräch die Möglichkeiten der Unterstützung abgesteckt. In Gesprächen mit den Multiplikator*innen und gegebenenfalls mit den Adressat*innen wird abgeklärt, ob ein Fall für NinA NRW vorliegt oder ob unter Umständen andere Beratungsangebote wie die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus gezielter weiterhelfen können. Die Gespräche werden fallspezifisch vorbereitet und orientieren sich an den Gegebenheiten, ein Leitfaden hilft jedoch bei einer besseren Einordnung des Falls. In einem Abschlussgespräch wird das vereinbarte Vorgehen abschließend reflektiert und festgehalten.

*Beispiel: In einer Schule fällt eine Gruppe von Schüler*innen durch Verharmlosung der NS-Zeit auf. Unter den Schüler*innen wird mehrfach ein abgewandelter, selbst ausgedachter Hitlergruß gezeigt und öffentlich Hitler verehrt. Die Lehrer*innen wollen den Vorfall nicht verharmlosen und initiieren Gespräche mit Eltern und Schüler*innen, die jedoch von Unsicherheiten geprägt sind. Da nicht eingeschätzt werden kann, wie das Verhalten der Beteiligten einzuordnen ist, wendet sich die Schulleitung an die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, die wiederum NinA NRW zur Beratung hinzuzieht. In einem gemeinsamen Gespräch werden die Ereignisse von einer Lehrerin dargestellt, woraufhin NinA NRW eine erste Einschätzung abgibt und vorläufig entwarnt. Es liegen keinerlei Hinweise auf Verbindungen zu oder Bezugnahmen auf rechtsextreme Gruppierungen vor sowie es auch keine abwertenden Äußerungen oder Handlungen gegenüber bestimmten Personen oder Gruppen gab. Um als Schule eine klare Haltung bezüglich rechtsextremer Tendenzen zu zeigen, werden Einzelgespräche mit den betreffenden Schüler*innen und Mitarbeiter*innen von NinA NRW angesetzt. In diesen Gesprächen können sich die Betreffenden zu den Vorkommnissen positionieren. Gemeinsam mit den Berater*innen wird das Verhalten reflektiert und eingeordnet, um dessen Problematik herauszuarbeiten. Neben der pädagogischen Auseinandersetzung mit den Schüler*innen macht die Mobile Beratung ergänzend das Angebot, die Schule strukturell zu beraten, wie sie sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus aufstellen kann.*

Das Clearingverfahren ermöglicht sowohl den Ratsuchenden als auch uns, Erfolgschancen bereits im Vorfeld auszumachen und Zuständigkeiten abzuklären. Mit dem Clearingverfahren können wir unsere Erfahrungen reflektiert an andere Praktiker*innen weitergeben und auch einen Beitrag dazu leisten, weitere Beratungsangebote im Themenfeld Rechtsextremismus bekannter zu machen und eine Verknüpfung der Angebote zu intensivieren. Rechte Cliquen in Schulklassen etwa sind häufig besser mit einem Konzept aus der politischen Bildung beraten, das sich speziell an rechtsaffine Personen richtet. NinA NRW kann hingegen eine Einschätzung abgeben, inwieweit die einzelnen Personen bereits in der Szene aktiv sind. Beratend tätig werden wir, wenn bereits Irritationsmomente zu erkennen sind und sich dadurch unter Umständen ein Ausstiegsprozess entwickeln kann. In anderen Fällen vermitteln wir an weitere Angebote.
Während des Verfahrens wird sich den Adressat*innen offen und ohne Voreinnahme genähert. Die Ge-

spräche werden von den Ausstiegsberater*innen ergebnisoffen und vertraulich geführt, das heißt, wie in anderen Zusammenhängen **(Die müssen nur wollen)** zählt zunächst allein die Gesprächsbereitschaft, eine Beratung muss sich nicht zwangsläufig an die ersten Gespräche anschließen. Um Vertrauen aufzubauen und in den Gesprächen den Charakter einer Annäherung zu wahren, können die Gespräche anonym stattfinden. Ohnehin werden während des Clearingverfahrens keine Daten erhoben. Erst wenn die Gespräche in eine Distanzierung münden und damit der eigentliche Beratungsprozess beginnt, wird der jeweilige Fall dokumentiert.

In der Vergangenheit fand das Clearingverfahren größtenteils Anwendung bei jungen Menschen, insbesondere in Schulen. Für Institutionen bietet das Clearingverfahren eine niedrigschwellige Möglichkeit, sich etwa mit rechtsextremen Vorfällen in ihren Zusammenhängen zu beschäftigen. Im Sinne einer aufsuchenden Arbeit findet die Beratung daher vor Ort statt, um unmittelbar die individuellen Ressourcen und Möglichkeiten zu identifizieren, gezielt an den Gegebenheiten und Problemlagen anzusetzen und hierauf aufbauend zusammen mit den Personen vor Ort Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Zusammengenommen bieten wir mit dem Clearingverfahren ein für Institutionen und Multiplikator*innen leicht zugängliches und unverbindliches Angebot an, das überdies konkrete Hilfen bereitstellt und NinA NRW als Ansprechpartner für Fragen bezüglich der (extremen) Rechten stärkt. In Einzelfällen kann Handlungssicherheit für die Beteiligten hergestellt werden, wenn etwa eine professionelle Einschätzung der Situation verlangt wird.

DIE MÜSSEN NUR WOLLEN! – AUSSTIEGS-BERATUNG IN UNFREIWILLIGEN KONTEXTEN

Fälle, in denen Adressat*innen von uns in einem unfreiwilligen Kontext, sozusagen unter Zwang, beraten werden, sind grundsätzlich in zwei Varianten möglich: zum einen innerhalb einer langfristigen Auflage mit einer unbestimmten Zahl von Beratungsgesprächen und einer variablen Dauer; zum anderen als Interventionsberatung, zum Beispiel bei Erstauffälligkeiten, mit maximal fünf Gesprächen und einer Dauer von möglichst wenigen Wochen. Beide Fälle sollen hier mit ihren jeweiligen Voraussetzungen dargestellt werden. Für sie gelten drei Grundsätze:

- **Transparenz hat Priorität; Absprachen werden mit allen Beteiligten gleichermaßen getroffen.**
- **Einsicht in Hilfebedarf allein garantiert keinen Erfolg.**
- **Die Ziele der Auftraggeber*innen sind nicht verhandelbar und geben den Rahmen vor. Ziele/Wünsche der Adressat*innen dürfen diesen nicht widersprechen, ihnen wird aber Raum gegeben.**

Auch wenn Hilfen unter Zwang ein Dilemma beinhalten, das Conen/Cecchin aus Berater*innensicht in der Frage *Wie kann ich Ihnen helfen, mich wieder loszuwerden?*[6] formuliert haben, handelt es sich bei ihnen weder um ein aussichtsloses Unterfangen noch um eine verordnete Bekehrung. So darf der Zwangskontext der Beratung nicht zu einer gefühlten oder echten Bevormundung der Adressat*innen führen. Durch die gemeinsame Formulierung der Rahmenbedingungen wird ihre Eigenverantwortung gestärkt. Es handelt sich bei solchen Beratungen nicht um Zwang ohne jeglichen Entscheidungsspielraum. Beratungnehmenden bleibt freigestellt, ob sie ihre Auflagen erfüllen. Eine Nichterfüllung hat zwar unter Umständen negative Folgen, dieser Umstand muss aber offen diskutiert werden, um Transparenz zu schaffen. So werden die vorhandenen Entscheidungsspielräume in der Beratung betont und Adressat*innen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur Mitwirkung ermuntert, wie das folgende Beispiel zeigt:

Interventionsberatung

Eine Jugendgerichtshilfe kontaktiert NinA NRW, weil eine junge Frau mit einschlägigen Äußerungen und Schmierereien nationalsozialistischer Symbole auffällig wurde. Sie möchte wissen, ob die Schülerin in extrem rechten Strukturen organisiert ist und dem

6 Conen, Marie-Luise/Cecchin, Gianfranco (2007): Wie kann ich Ihnen helfen, mich wieder loszuwerden? – Therapie und Beratung in Zwangskontexten. Heidelberg: Carl-Auer-Verlag

*zuständigen Jugendrichter eine dem Vorfall angemessene pädagogische Maßnahme vorschlagen. Mit NinA NRW wird eine Abmachung über drei Beratungsgespräche getroffen. Nach diesen Gesprächen wird eine Einschätzung der Berater*innen an die Jugendgerichtshilfe über mögliche Szenekontakte, sowie über weitergehenden Beratungsbedarf abgegeben. Der Jugendlichen gegenüber werden diese Ziele und der Ablauf der Gespräche transparent formuliert. Die Gespräche dienen nicht der Überwachung der Schülerin, sondern einer Thematisierung der Vorfälle in einem geschützten Rahmen. Über die vereinbarte Rückmeldung hinaus werden keine Inhalte der Gespräche weitergegeben. Die Schülerin kann explizite Wünsche nach Vertraulichkeit formulieren, die eingehalten werden.*

Das Ziel von NinA NRW ist in solchen Fällen, ein Problembewusstsein zu schaffen. Es geht darum, jungen Menschen vorurteilsfrei und in einer für sie verständlichen Sprache bewusst zu machen, warum rassistische und/oder extrem rechte Verhaltensweisen zu den entsprechenden strafrechtlichen Konsequenzen führen. Jugendrichter*innen können aber innerhalb einer Verhandlung schon aus Zeitgründen Begriffe wie Volksverhetzung nicht in einer jugendadäquaten Sprache erklären. Daher haben wir ein Konzept für Interventionsgespräche erarbeitet, bei denen auf Basis von Methoden der Ausstiegsberatung im Speziellen und der politischen Bildung im Allgemeinen die genannten Inhalte jugendgerecht und auf kurzzeitige Interventionen passend aufgearbeitet werden. Dieses Vorgehen gibt Jugendgerichten die Möglichkeit, eine auf entsprechende Vorfälle zugeschnittene Maßnahme bei einschlägigen Verfahren anzuordnen. Kommt es zu einer Verhandlung aufgrund anderer Delikte, bei denen trotzdem Szeneaktivitäten als Grund vermutet werden, kann das Angebot ebenso in Anspruch genommen werden. Aussagen über die langfristige Wirkung solcher Interventionen können aus Gründen des Datenschutzes nicht gemacht werden. Eine vollständige Distanzierung von Szene und Ideologie ist nach so kurzer Zeit nicht zu erwarten. Der Aufbau eines persönlichen Kontakts ist bei dieser Form der Beratung entscheidender. Entsteht durch weitere Szeneaktivitäten weiterer Beratungsbedarf, kennen die Adressat*innen konkrete Ansprechpersonen und können diese direkt kontaktieren.

Längerfristige Auflagen

Etwas anders gestaltet sich die Beratung unter längerfristigen Auflagen. Die Zielgruppe ist hier in der Regel nicht erstmalig auffällig, sondern über einen längeren Zeitraum szeneaktiv. Auftraggeber*innen solcher Beratungen können Gerichte sein, die reguläre Bewährungsauflagen erteilen, Arbeitgeber*innen, die eine Kündigung vermeiden möchten, oder auch Schulen, bevor es zu einem Verweis auffälliger Schüler*innen kommt. Solche Auflagen werden nicht einfach erteilt, sondern in einem gemeinsamen Vorgespräch verabredet. Voraussetzung dafür ist die Gesprächsbereitschaft der Adressat*innen. Ob die Maßnahme zum jeweiligen Fall passt, wird von den Berater*innen individuell beurteilt. Ist die Sicherheit der Berater*innen aufgrund der Szeneaktivitäten gefährdet, wird eine Zusammenarbeit abgelehnt. Dieses Vorgehen soll an einem Beispiel näher erläutert werden:

Im Vorfeld eines Verfahrens fasst ein junger Mann, der in der Vergangenheit bereits mehrfach verurteilt wurde, den Entschluss, sich von der rechten Szene zu distanzieren. Vor einiger Zeit hat er selbst versucht, sich von seinem Umfeld zu lösen, ist dabei aber an der eigenen Erwartungshaltung gescheitert. Im Vorfeld einer weiteren Verhandlung nimmt er über seine Anwältin Kontakt zu NinA NRW auf und möchte, statt Sozialstunden abzuleisten, eine Beratung in Anspruch nehmen. Die Berater*innen vereinbaren ein gemeinsames Gespräch, um sich ein Bild von der Motivation und den Erwartungen des Mannes zu machen. Unter der Voraussetzung einer verlässlichen Teilnahme an regelmäßigen Gesprächen und der Bereitschaft, sich kritisch mit der eigenen Ideologie auseinanderzusetzen, stimmen sie einer Zusammenarbeit zu.

Es ist nicht ungewöhnlich, dass Kontaktaufnahmen von Adressat*innen im Vorfeld von Gerichtsverhandlungen stattfinden. Die strafrechtliche Verfolgung von politisch motivierter oder allgemeiner Kriminalität ist eine häufige Ausstiegsmotivation. Dieser Umstand hat aber keine direkte Auswirkung auf Erfolg oder Misserfolg der Beratung. Die Rolle von NinA NRW ist auch nicht mit der von Anwält*innen zu verwechseln. Es werden vor Gericht keine Einschätzungen zur Motivation der Klient*innen abgegeben, da dies nach einem oder auch mehreren Vorgesprächen nicht verlässlich möglich ist. Ebenso wenig werden Prognosen über die Erfolgsaussichten gestellt. Vonseiten des Projekts wird lediglich die Möglichkeit eingeräumt, sich selbst zu einer langfristigen Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit zu verpflichten und im Gegenzug eine

verlässliche sozialpädagogische Unterstützung bei der Alltagsbewältigung zu erhalten.

Seit Beginn der Arbeit im Jahr 2009 haben wir solche langfristigen Beratungen in 14 Fällen durchgeführt. Die Erfahrungen dabei waren mehrheitlich positiv. Die meisten Adressat*innen blieben, sofern weiterhin Bedarf bestand, auch nach Beendigung der Auflage in der Beratung. Vielen hat diese Form der Unfreiwilligkeit bei einer kontinuierlichen Verbesserung der eigenen Situation geholfen, insbesondere in Phasen nach Rückschlägen. Bisher musste noch keine solche Vereinbarung vonseiten des Projekts aufgrund fehlender Motivation oder anhaltender Szeneaktivitäten aufgehoben werden.

ZIELGRUPPE KAMERADIN: HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE ARBEIT MIT AUSSTEIGERINNEN

Eine junge Frau läuft in der ersten Reihe einer DÜGIDA-Demonstration. Die Aktivistin gehört in Nordrhein-Westfalen zu den wenigen Frauen, die Führungspositionen innerhalb der rechten Szene einnehmen. Auf YouTube lächeln rechte Aktivistinnen in die Kamera und rufen zu Aktionen gegen den „großen Austausch“ auf. In der Radikalität ihrer Äußerungen stehen Frauen ihren männlichen Kameraden in nichts nach.

Auch wenn der Frauenanteil in rechtsextremen Parteien und Gruppierungen auf 20–30 % geschätzt wird und eine noch höhere Zahl bei rechtsextremen Einstellungsmustern zu verzeichnen ist, sind Frauen in der Ausstiegsberatung unterrepräsentiert – nur etwa 10 % der beratenen Personen bei NinA NRW sind weiblich. Aus diesem Grund haben wir uns die Frage gestellt, warum sich nur wenige Frauen an uns als Ausstiegsberatung wende, und Ansätze entwickelt, um diese Zielgruppe besser zu erreichen.

„DIE Nazi"!?

Frauen werden mit der Herausbildung neuer Gruppierungen wie den Autonomen Nationalist*innen oder der Identitären Bewegung als Aktivistinnen sichtbarer, treten als Rednerinnen und auch als Gewalttäterinnen in Erscheinung. Über die sozialen Medien stellen sie sich als weiblich-hip, aber auch als nationalistisch und kämpferisch dar. Trotz gegenteiliger Inszenierung vertreten die rechten Aktivistinnen antifeministische Positionen, die von einer natürlichen Geschlechterunterscheidung mit festgelegter Aufgabenteilung ausgehen. Diese Positionen finden Anschluss an ein konservatives Geschlechterbild in der Gesamtbevölkerung und beeinflussen die Wahrnehmung beziehungsweise Nicht-Wahrnehmung rechtsextremer Frauen. Das Bild der unpolitischen Frau führt häufig zu der Annahme, Frauen wären in ihren ideologischen Einstellungen weniger gefestigt und nur Mitläuferinnen, die zum Beispiel aufgrund ihres Partners Anschluss an die Szene finden. Lehrer*innen und pädagogische Fachkräfte ziehen Mädchen eher nicht als Nazis in Betracht, nehmen Warnsignale nicht wahr oder rechtsextreme Äußerungen nicht ernst. Eine mögliche Radikalität der Frauen wird damit ausgeblendet – populärstes Beispiel hierfür ist die Diskussion um die Mittäterschaft von Beate Zschäpe bei den NSU-Morden. Die beschriebene Unsichtbarkeit[7] von Frauen als Rechtsextreme kann als einer der Gründe identifiziert werden, aus dem Frauen in der Ausstiegsberatung unterrepräsentiert sind. In unserer Beratungstätigkeit sind wir darauf angewiesen, dass Multiplikator*innen rechte Einstellungen auch bei Frauen wahrnehmen, um in die Beratung vermitteln zu können. Sie geben oft den ersten Impuls zur Kontaktaufnahme mit uns als Beratungsstelle, weil sie als Referenzbeziehungen auf eine Auseinandersetzung mit Haltungen und Lebensweisen hinwirken können. Multiplikator*innen bekommen auch mit, wenn bei szeneaktiven Frauen Momente der Irritation entstehen, die die Bereitschaft zum Ausstieg begünstigen können. So wäre es zum Beispiel möglich, dass sich Frauen mit der ihnen zugeschriebenen Rolle nicht mehr identifizieren und sich aus diesem Grund distanzieren. Sensibilität für rechtsextreme Tendenzen vonseiten pädagogischer Fachkräfte in unterschiedlichen Bereichen ist nicht nur ausschlaggebend bezüglich des Zugangs zu Adressatinnen, sondern unterstützt uns auch maßgeblich im weiteren Ausstiegsprozess, in den wir Bezugspersonen bei Bedarf miteinbeziehen. Aus diesen Gründen machen wir Frauen als rechtsextreme Akteurinnen in Projektvorstellungen und Workshops explizit zum Thema. Um für ausstiegswillige Frauen einen noch niedrigeren Zugang zum

7 Lehnert,E./ Radvan, H. (2016): Rechtsextreme Frauen –
Analysen und Handlungsempfehlungen für Soziale Arbeit und Pädagogik. Opladen: Verlag Barbara Budrich

Projekt zu ermöglichen, schreiben wir Frauen, die rechte Inhalte auf Facebook teilen und liken, gezielt an **(⇶ Like oder Dislike)**. Auf diese Weise erfahren sie vom Angebot des Projekts und es besteht die Chance, dass sie es zu einem späteren Zeitpunkt wahrnehmen, wenn Momente der Irritation entstanden sind.

Beratungsprozesse mit Aussteigerinnen gestalten

Finden Frauen schließlich den Weg in die Ausstiegsberatung, stellen sich für den Beratungsprozess besondere Anforderungen, die durch die beschriebene Funktion und Rolle von Frauen in der Szene begründet sind.

Rechtsextreme Frauen werden innerhalb der Szene häufig selbst Opfer von Übergriffen und Gewalt, wie Aussteiger*innen berichten. Diese Erfahrungen können zwar zunächst die Entscheidung einer Distanzierung begünstigen, auf der anderen Seite löst das gewaltvolle Umfeld große Angst vor den Folgen einer Distanzierung aus. An dieser Stelle ist eine intensive sozialpädagogische Begleitung notwendig, die auch eventuell vorhandene Kinder mit einschließt und darauf abzielt, alle gemeinsam in ein neues soziales Umfeld zu integrieren. Die Zusammenarbeit mit Trägern der Kinder- und Jugendhilfe ist für uns als Ausstiegsberatung daher essenziell, um zum Beispiel ambulante Hilfen zu etablieren oder Kinder in ein Angebot der Offenen Jugendhilfe zu integrieren, das ihnen alternative Perspektiven und Lebensweisen eröffnet.

Ein großer Teil der Frauen erlebt sich durch die Reduzierung auf die Rolle der Hausfrau und Mutter als Unterstützerin der Männer, die deren Entscheidungen mitträgt. Steigt der Partner nicht mit aus, bedeutet der Ausstieg auch gleichzeitig ein Beziehungsende. Die Frauen stehen dann in der Regel vor der Aufgabe, den Ausstiegsprozess und die Trennung nicht nur für sich allein, sondern auch für ihre Kinder zu bewältigen, die sie als Verantwortliche in der Kindererziehung in der Regel mitnehmen. Die Herausforderung der Neustrukturierung des Alltags und des Aufbaus neuer Beziehungen stellt sich somit nicht nur für die Frauen selbst, sondern auch für ihre Kinder. Für die Beratung ist es daher wichtig, dass sich die Aussteiger*innen durch unterschiedliche Formen des Empowerments als selbstwirksame Subjekte erleben, die eigenverantwortlich und unabhängig für sich und ihre Kinder entscheiden. In diesem Zusammenhang bieten sich, wie bei männlichen Aussteigern auch, verschiedene Methoden der

Biografiearbeit an, um versteckte Ressourcen aufzudecken, auf die die Frauen im Ausstiegsprozess zurückgreifen können. Bei Frauen, die sich eher in einer passiven Rolle im Hintergrund erlebt haben, geht es hierbei verstärkt darum, eigene Wünsche und Bedürfnisse zu empfinden und zu formulieren. Ein Fehlschluss wäre es, Frauen, die die traditionellen Geschlechterrollen mitgetragen haben, als unpolitisch zu sehen. Sie vertreten ihre Einstellungen weniger gewalttätig nach außen, können aber Einfluss ausüben, indem sie sich im sozialen Umfeld, etwa in der Nachbarschaft, im Sportverein oder im Kindergarten engagieren. Daneben füllen sie aktiv das Konstrukt der *„schutzbedürftigen deutschen Frau“* aus, wirken somit an der Konstituierung des Feindbildes des übergriffigen männlichen Migranten mit und untermauern rechte Argumentationsmuster. Erinnert sei an dieser Stelle an die Kampagne *#120db* der Identitären Bewegung. Eine umfassende Ideologieaufarbeitung ist also bei Aussteigerinnen nicht weniger notwendig als bei Aussteigern. Neben der kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Weltanschauung geht es hierbei auch darum, sich die Auswirkungen der rechten Ideologie auf die eigene Position als Frau zu vergegenwärtigen.

LIKE ODER DISLIKE: ANSPRACHE ÜBER DIE SOZIALEN MEDIEN

NinA NRW hat es sich zur Aufgabe gemacht, auch die sozialen Medien bei der Ansprache potentieller Beratungsnehmer*innen einzubeziehen. Um einen niedrigschwelligen Zugang für rechtsextreme oder rechtsaffine junge Menschen zu bieten, haben wir in den letzten zwei Jahren begonnen, ein Konzept für die Ansprache über Facebook zu entwickeln. Wie erfolgreich diese Form der Kontaktaufnahme dabei ist, einen längerfristigen Kontakt zu initiieren, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend beurteilt werden, wir wollen aber zumindest eine erste Bestandsaufnahme vornehmen.

Ins Gespräch kommen: Zielgruppe und Ansprache

Über Facebook angesprochen werden Personen, die Inhalte eindeutig rechter Seiten liken oder teilen und darüber hinaus gewisse Kriterien erfüllen.

Darunter fallen:

- Personen aus NRW, darunter mindestens 50 % Frauen
- junge Menschen bis etwa 30 Jahre
- Personen, deren Profil rechte oder rechtsextreme Elemente aufweist, gleichzeitig aber auch auf weitere Interessen und Inhalte rückschließen lässt

1 Das erste Kriterium ergibt sich aus dem Zuständigkeitsbereich von NinA NRW. Wir versuchen Männer wie Frauen gleichermaßen anzusprechen, um einen Zugang zu Frauen zu bekommen, die als Zielgruppe oft übersehen werden **(⇶ Zielgruppe Kameradin)**.

2 Die weiteren Kriterien orientieren sich an Faktoren, die die Bereitschaft, mit einer Ausstiegsberatung in Kontakt zu kommen, unserer Einschätzung und Erfahrung nach wahrscheinlicher machen. Dabei orientieren wir uns an den aus der Forschung bekannten Ausstiegsmotiven. Wir richten uns an junge Menschen, da bei ihnen eine Veränderungsbereitschaft tendenziell größer ist als bei älteren Menschen.

3 Die inhaltliche Positionierung des persönlichen Profils wird eingeordnet, indem wir es daraufhin untersuchen, ob jemand mehrere rechte oder rechtsextreme Inhalte geteilt hat. Die Gefällt-mir-Angaben werden ebenfalls miteinbezogen. Auf diese Weise lässt sich einschätzen, ob jemand einmalig einen rechten Inhalt geteilt hat oder es eine Kontinuität von Verweisen auf rechte Einstellungen gibt. Gleichzeitig wird darauf geachtet, dass das Profil auch Beiträge und Verweise enthält, die keinen Bezug zu rechtsextremen Inhalten haben. Ist das Profil nur

auf politische Inhalte ausgerichtet oder lässt sogar eine leitende Funktion in einer Gruppe vermuten, ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Diskussions- oder Beratungsangebot angenommen wird, gering. Präsentieren sich potentielle Aussteiger*innen auch mit Partner*innen, Kindern oder als Mitglieder von Sportteams, können im Rahmen dieser Kontakte Momente der Irritation entstehen, die eine Bereitschaft für ein Gesprächsangebot erhöhen. Der Rechercheaufwand ist verhältnismäßig groß – so ist es nicht ungewöhnlich, dass zehn Profile, die einen Beitrag gelikt haben, auf die angeführten Kriterien hin untersucht werden, bevor eine Ansprache unternommen wird. Die zeitintensive Recherche lohnt sich dennoch in Hinblick auf die Quote der Rückmeldungen: Ein Drittel der Angeschriebenen reagiert zumindest auf die Ansprache.

In der Ansprache selbst unterbreiten wir zunächst ein Gesprächsangebot und versuchen, es so niedrigschwellig wie möglich zu gestalten. Wir gehen auf Inhalte des Profils ein und unterbreiten das Angebot, sich über diese auszutauschen. Dabei verdeutlichen wir, dass die Betreffenden selbst über den Verlauf bestimmen und es nicht um Unterstellungen und Bewertungen geht:

„Ich arbeite in einem Projekt, in dem wir jungen Menschen die Möglichkeit geben, über ihre politische Meinung mit uns zu sprechen. Vielleicht interessiert dich das ja? Wir wollen keine Meinungen aufzwängen, sondern uns über politische Themen austauschen. Wir reden über kein Thema, das du nicht selbst bestimmst.“

Auch wenn wir jede Kontaktaufnahme individuell auf die angeschriebene Person abstimmen, nehmen wir diese Passage immer mit auf, um Widerstände zu verringern. In der ersten Ansprache benennen wir NinA NRW bewusst nicht direkt als Ausstiegsberatung, sondern unterbreiten lediglich das Angebot, über Politik zu sprechen. Durch das Profil, mit dem wir anschreiben, ist aber ersichtlich, um welches Projekt es sich handelt.

Von Ablehnung bis zu ausführlichen Diskussionen

Die Reaktionen derjenigen, die auf die Ansprachen antworten, sind sehr unterschiedlich. Die Wenigsten äußern sich direkt ablehnend, wie in dieser Nachricht:

„Ich brauche keinen Rat und ich brauche auch keine Nachhilfe.“

Aus dieser Nachricht wird ersichtlich, dass der Angeschriebene – in diesem Fall ein junger Mann – weiterhin das Gefühl hat, mit unserem Angebot werde etwas aufgezwungen. Andere haben den Bedarf, über ihre Einstellungen zu sprechen, und sind überrascht, nicht direkt bewertet zu werden, wie die Nachricht einer jungen Frau zeigt:

„Über Politik sprechen ist ja gut, man hat meistens die Probleme, dass man für seine Meinung verachtet wird."

Ist dieser erste Zugang und Kontakt geschaffen, versuchen wir, über Themen ins Gespräch zu kommen und herauszufinden, was die Angeschriebenen beschäftigt. Meist geht es dann um Geflüchtete. Die eigene soziale Benachteiligung wird mit dem Zuzug von Migrant*innen in Verbindung gebracht und die gängigen rassistischen Argumentationsmuster reproduziert. Auf rationaler Ebene lassen sich diese leicht auch über Facebook-Nachrichten entkräften, indem auf Belege, Statistiken oder Ähnliches verwiesen wird. Die Konversationen über Facebook bieten auch die Möglichkeit, Fragen aufzuwerfen und vor allem übernommene Parolen zu hinterfragen. Ist jemand bereit, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen, kann dies ein Denkanstoß sein, wie eine längere Konversation mit einem jungen Vater zeigt. Es sind Differenzierungen in seinen Aussagen erkennbar, etwa wenn er bei seiner Ablehnung „des Islam" deutlich macht, dass er alle Religionen kritisch sieht. Auf Nachfrage äußert er auch, dass er nicht denke, *„dass alle Muslime so {gewalttätig, nicht anpassungswillig; Anm. d. A.} sind"*, auch wenn er dann doch wieder in Verallgemeinerungen zurückfällt:

„Generell sind Muslime nicht anpassungsfähig, das sieht man daran, dass sie in vielen Ländern der Welt nicht gemocht werden."

Über eine Diskussion lässt sich also mithilfe von Facebook ein Kontakt knüpfen. Schwierig wird es aber, wenn innerhalb der Diskussion durch Rückfragen oder das Aufzeigen von Widersprüchen Selbstverständnisse und Haltungen der Angeschriebenen ins Wanken geraten. Dieser Prozess kann über Facebook nicht aufgefangen werden, da die Beziehungsebene im Kontakt fehlt. Auf rein rationaler Ebene lassen sich Widerstände, die in diesem Prozess aufkommen, nur schwer bearbeiten, weswegen sich der Kontakt an diesem Punkt in der Regel verliert. Die Möglichkeit eines Treffens wird in den Konversationen von NinA NRW so schnell wie möglich eingebracht. Aber auch wenn bei einigen Wenigen prinzipiell Interesse an einem Treffen besteht, ist es bisher noch zu keiner Umsetzung gekommen.
Wir werden den Zugang zur Zielgruppe über Facebook

weiter testen. Als vorsichtiges Zwischenfazit lässt sich sagen, dass eine Kontaktaufnahme über Facebook unter Beachtung der genannten Auswahlkriterien durchaus möglich ist und sogar in eine Diskussion übergehen kann. Grundsätzliche Veränderungsimpulse hinsichtlich der eigenen Einstellung können ohne einen daraus entstehenden persönlichen Kontakt aber nur schwer erreicht werden. Allerdings eröffnet eine erste Kontaktaufnahme Chancen unter einer langfristigen Perspektive: Menschen, die zur Zielgruppe gehören, aber vielleicht nicht vom Angebot der Ausstiegsberatung wussten (insbesondere Frauen), erfahren von NinA NRW. Selbst wenn sie zum Zeitpunkt unserer Kontaktaufnahme noch keinerlei Ausstiegsmotivation oder Beratungsbedarf haben, besteht die Möglichkeit, dass sie sich bei zukünftigen Irritations- oder Distanzierungsmomenten an das Beratungsangebot erinnern und sich an uns wenden.

„VIELLEICHT KÖNNEN SIE MAL MIT ´NEM AUSSTEIGER VORBEIKOMMEN?“ – WIE POLITISCHE BILDUNG MIT AUSGESTIEGENEN GELINGEN KANN

Uns erreichen häufig Anfragen für Veranstaltungen, bei denen ehemalige Adressat*innen aus ihrem Leben und von ihrem Ausstieg berichten sollen. Das Interesse an unserer Arbeit freut uns sehr und grundsätzlich sind wir offen für solche Anliegen, jedoch haben wir überstiegene Erwartungen daran erlebt. Oft besteht die Hoffnung, dass der persönliche Bericht einer erfolgreich bekehrten Person, anders als andere Formate der politischen Bildung, einen emotionalen Zugang zu einer jungen Zielgruppe finden kann. Solche Veranstaltungen sind oftmals für sehr junge Menschen gedacht, die zum Teil bereits mit rechten Verhaltensweisen auffällig wurden. Für diese Zielgruppe ist diese Form der politischen Bildung unserer Ansicht nach aber grundsätzlich nicht geeignet. Besteht bei einer Gruppe junger Menschen bereits eine Affinität für rechte Positionen, so kann auch eine thematische Einordnung die emotionale Erfahrung der als eindrucksvoll erlebten Begegnung nicht mehr auffangen. Ein Ins-Gewissen-Reden funktioniert deshalb in solchen Fällen – trotz bester Absichten – nicht. Im schlimmsten Fall ist eine weitere Annäherung an die Szene zu befürchten.

Zudem kann politische Bildung nur in einem Kontext gelingen, in dem sich junge Menschen eigenverantwortlich und freiwillig mit politischen Themen auseinandersetzen. Wenn Aussteiger*innen von ihren Erfahrungen berichten, handelt es sich um eine subjektive Perspektive, die im Rahmen einer langfristigen Beschäftigung mit der Thematik (zum Beispiel einer Unterrichtsreihe) in einen größeren Kontext eingeordnet werden muss. Das heißt aber nicht, dass wir Workshops mit Ausgestiegenen bei jüngerem Publikum generell ablehnen, allerdings bedürfen diese der Vor- und Nachbereitung und einer genauen Beurteilung der Erwartungen und Bedürfnisse der Zielgruppe.

Für zielführender erachten wir den Einsatz von Ausgestiegenen in der Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften. Hier folgen die Veranstaltungen der Grundfrage: *„Wie können pädagogische Fachkräfte Radikalisierungen frühzeitig erkennen und ihnen entgegenwirken?“*, wobei die Schilderungen der Ausgestiegenen bewusst nur Impulse zur Reflexion des eigenen professionellen Handelns geben. Anhand dessen können Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit extrem rechten Jugendlichen diskutiert und erarbeitet werden.

Standards für Veranstaltungen

Bei pädagogischen Fachkräften gelten für die Rahmenbedingungen die gleichen Standards wie bei Gruppen junger Menschen. So richtet sich das Angebot nur an kleine und feste Gruppen mit einer Teilnehmer*innenzahl, die 30 Personen nicht überschreitet. Ein ausführliches Vorgespräch zu den Erwartungen, Rahmenbedingungen und der Gruppenstruktur ist obligatorisch. Gewinnen wir den Eindruck, dass andere Methoden für die Gruppe oder die Erwartungshaltung sinnvoller sind, vermitteln wir gerne an kompetente Ansprechpersonen aus unserem Netzwerk. Eine intensive Vor- und Nachbereitung zum Themenfeld Rechtsextremismus ist zwingende Voraussetzung. Bei Schüler*innen bieten sich dafür Unterrichtsreihen an, bei pädagogischen Fachkräften empfehlen sich mehrtägige Fortbildungsveranstaltungen. Inhaltlich liegt ein Schwerpunkt bei der Vor- und Nachbereitung auf der Perspektive von Opfern/Betroffenen extrem rechter und rassistischer Gewalt. Dies ist uns besonders wichtig, da ihre Perspektive zu oft in Vergessenheit gerät. Um eine Überidentifikation mit der Biographie von Ausgestiegenen zu vermeiden, müssen die Konsequenzen der geschilderten Handlungen für die Opfer/Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt deutlich gemacht werden. Für die Umsetzung haben wir eine

Reihe von Materialien erarbeitet, die kostenlos zur Verfügung gestellt werden können.

Standards für den Einsatz von Ausgestiegenen

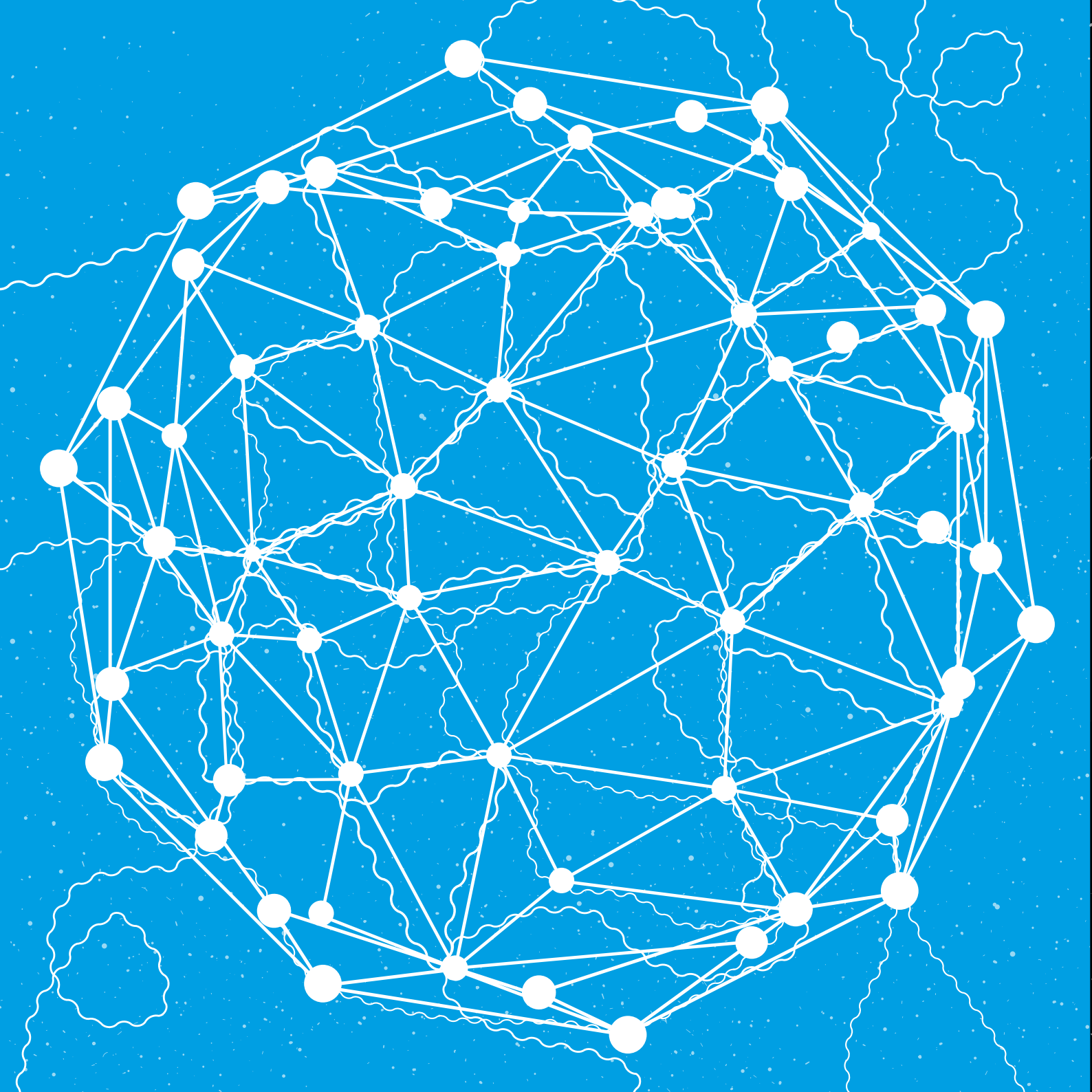
Vonseiten unserer Adressat*innen besteht in vielen Fällen der Wunsch, Vergangenes wiedergutzumachen und junge Menschen vor einem Einstieg in die Szene und den eigenen schlechten Erfahrungen zu „bewahren", wie es einige formulieren. Eine Bekehrung junger Menschen ist aber nicht möglich, weshalb wir die Wünsche und Erwartungen unserer Aussteiger*innen an solche Veranstaltungen intensiv mit ihnen gemeinsam reflektieren. Der Wunsch nach Wiedergutmachung ist unserer Ansicht nach ein Zeichen für eine positive Entwicklung im Ausstiegsprozess, bedeutet aber noch nicht seinen Abschluss. Wir führen solche Veranstaltungen deshalb nur mit Ausgestiegenen durch, das heißt nur nach vollständig und erfolgreich vollzogenem Ausstieg gemäß den eingangs beschriebenen Kriterien. Die wiederholte Nacherzählung von belastenden Erfahrungen kann auch negative Auswirkungen haben und bereits erlebte Erfolge im Prozess gefährden. Daher müssen Adressat*innen, die solche Workshops mit uns durchführen, emotional und sozial stabil sein und die Erfahrungen mit dem*der zuständigen Berater*in reflektieren. Um diese Belastungen und den Wunsch nach Wiedergutmachung in ein sinnvolles Verhältnis zu setzen sowie ein Abstumpfen zu verhindern, finden die Veranstaltungen nur in einem sehr begrenzten Umfang statt. Eine weitere Maßnahme, die negative Auswirkungen verhindern soll, ist die Grundstruktur, welche der Chronologie von Einstieg – Szenezeit – Ausstieg folgt. Der inhaltliche Fokus der Veranstaltungen liegt in jedem Fall beim Ausstieg, was verklärende Schilderungen von Szeneaktivitäten vermeiden soll. Darunter fallen zum Beispiel Schilderungen von Gewalthandlungen.

Ist eine Veranstaltung mit einem*einer unserer Ausgestiegenen aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich, gibt es adäquate Alternativen. So können je nach Zeitaufwand Berater*innen selbst von den Erfahrungen aus der Arbeit berichten oder es kann, insbesondere bei Schüler*innengruppen, die Biographie von Timo F. verwendet werden. Zu dieser haben mehrere zivilgesellschaftliche Ausstiegsberatungen pädagogisches Begleitmaterial entwickelt, welches kostenfrei erhältlich ist. Damit ist eine Einordnung der Schilderungen von Timo F.[8] in ihren Gesamtkontext gegeben. Für Fachkräfte aus der pädagogischen Praxis bieten sich Vorträge, Workshops oder Fortbildungen von NinA NRW selbst an. Je nach zeitlichen Ressourcen bieten wir kürzere Projektvorstellungen oder

8 F., Timo (2017): Neonazi. Würzburg: Arena Verlag

ganz- beziehungsweise mehrtägige Fortbildungen in Kooperation mit anderen Stellen wie der Mobilen Beratung an, bei denen wir intensiver aus verschiedenen Biographien und vom Konzept unserer Arbeit berichten.

*Wenn Sie Interesse an Vorträgen, Workshops oder Fortbildung von, bzw. mit uns, haben erreichen Sie uns unter **nina.nrw@reinit.de**. Auf unserer Homepage **www.nina-nrw.de** finden Sie darüber hinaus das ausführliche Konzept zu Veranstaltungen mit Ausgestiegenen.*



Zusammenarbeit im Netzwerk

„Gut vernetzt und sortiert“ - Zur Zusammenarbeit von Mobiler Beratung und NinA NRW

Was macht eigentlich Mobile Beratung? In der Abgrenzung zu den Angeboten von Ausstiegs- und Opferberatung braucht es in der Regel ein paar Worte mehr, um das Angebot der fünf Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in NRW zu erklären. In deren Arbeit geht es nicht in erster Linie um Betroffene rechter Gewalt oder sich distanzierende Szeneangehörige, sondern vielmehr um die Unterstützung, Begleitung und Qualifizierung von Menschen, die sich in ihrer Umgebung für eine demokratische Kultur und damit gegen Rechtsextremismus und -populismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Ungleichwertigkeitsvorstellungen einsetzen. Häufig sind diese Menschen engagiert in Bündnissen und Initiativen, Gewerkschaften oder Kirchengemeinden. Aber auch Verantwortliche aus Jugendhilfe, Bildungsarbeit und Schule, kommunaler Verwaltung oder Wohlfahrtsverbänden lassen sich von den Mobilen Beratungsteams unterstützen, etwa bei der Entwicklung von langfristigen Präventionsstrategien, der Arbeit an Leitlinien oder der Lösung akut anstehender Konflikte, die das Thema Rechtsextremismus berühren.

Zusammenarbeit über den Fall hinaus: Mobile Beratung NRW und NinA NRW

Die Mobilen Beratungsteams (MBTs) in Herford, Münster, Köln, Schwerte und Wuppertal wurden 2008 gegründet und von engagierten Mitarbeiter*innen aufgebaut. Die Teams arbeiten eng zusammen, treffen sich regelmäßig zum fachlichen Austausch, zur Planung gemeinsamer NRW-weiter Projekte oder zur Fallberatung. Aber auch politisch-strategische Überlegungen und die Planung eigener Lobbyarbeit mit dem Ziel, immer wieder auf die Bedeutung des Arbeitsfeldes aufmerksam zu machen, spielen im Alltag eine Rolle. Von Beginn an legten die Teams und ihre Träger großen Wert auf die Vernetzung mit anderen Akteur*innen im Themenfeld. Wichtig für die Arbeit war von Anfang an der Austausch mit den seit Anfang der 2000er Jahre aktiven MBTs aus Ostdeutschland und Berlin, doch auch zu den regional und landesweit aktiven Bildungs- und Beratungseinrichtungen in NRW wurden schon früh Kontakte ge-

knüpft und seither vertieft. Nur in einem funktionierenden Netzwerk, das die unterschiedlichen Ansätze von Bildungs- und Beratungsarbeit, sozialarbeiterischen Angeboten und wissenschaftlicher Expertise in Verknüpfung mit den Regelstrukturen miteinbezieht, kann eine umfassende Bearbeitung der komplexen Bedarfe im Umgang mit den beschriebenen Herausforderungen gelingen.

Aus den ersten Kontaktaufnahmen 2009 im kleinen Gelsenkirchener Büro des damals zunächst vorwiegend in der Emscher-Lippe-Region tätigen ersten NinA-Teams mit dem zuständigen MBT mobim aus Münster ist in den letzten zehn Jahren ein wichtiger „Knoten im Netzwerk" geworden. Die MBTs aus NRW treffen sich regelmäßig zum Austausch mit NinA, die Mitarbeitenden kennen sich und nutzen gegenseitig ihre Expertise. So hat etwa die fachliche Einschätzung von NinA in der bundesweiten Diskussion um Bildungsarbeit mit Aussteiger_innen den NRW-Teams und dem Bundesverband Mobile Beratung e.V. bei der Entwicklung einer eigenen Position geholfen. Auch im Rahmen der von NinA angebotenen „Runden Tische" diskutieren Mobile Berater*innen regelmäßig als Teilnehmende und immer wieder auch als Referierende mit, zuletzt etwa 2017 zum Umgang mit Inszenierung und Wirkung der „Identitären Bewegung" in NRW. Aktuell plant ein gemischtes Team aus Mobiler Beratung und Ausstiegsberatung eine Fachtagung für Schulsozialarbeiter*innen und –psycholog*innen, in der es um die Herausforderungen gehen wird, die Rassismus und Rechtsextremismus im schulischen Alltag für diese Fachkräfte bedeuten können.

Ein Beratungsfall, zwei Perspektiven

Am konkretesten wird die Zusammenarbeit dann, wenn gemeinsam Fälle bearbeitet werden. Zuletzt gab es eine solche Beratung in gemischten Teams vor allem im Kontext Schule. In solchen oft vielschichtigen Fällen geht es neben der Beratung der Schulleitung und des Kollegiums aus pädagogischer Sicht immer auch darum, ein Gesprächsangebot für rechtsaffine Jugendliche zu unterbreiten. Hier können die jeweiligen konkreten Angebote von Mobiler Beratung und NinA NRW an die Beratungsnehmenden gut ineinandergreifen: In der Einschätzung der konkreten Problemlagen vor Ort ergänzen sich die Perspektiven und ergeben ein umfassenderes Bild. Aufgrund der unterschiedlichen Rollen im Beratungsprozess legen die Teams je eigene Schwerpunkte in der Beobachtung von extrem rechten Szenen und Vorkommnissen. Mobile Beratung hat dabei vor allem die Auswirkungen extrem rechter Agitation auf die jeweiligen Sozialräume im Blick,

während NinA NRW eher Unterstützungspotentiale für rechtsaffine Klient*innen fokussiert. Im konkreten Fall einer zu beratenden Schule kann das bedeuten, dass sich die Berater*innen schon vor dem ersten Termin über eine gemeinsame Einschätzung der möglichen Fälle und Vorkommnisse austauschen: **Welche Herausforderungen gibt es? Auf welchen Ebenen und mit welchen Zielvorstellungen können die unterschiedlichen Beratungsprojekte den Beratungsnehmer*innen helfen und sie unterstützen?**

Im Erstgespräch mit der Schulleitung einer Schule im nördlichen Ruhrgebiet ergab sich so eine Konstellation, in der die jeweiligen Ansätze von Mobiler Beratung und Distanzierungsberatung gut aufeinander abgestimmt werden konnten. Die Schule hatte sich unter Beteiligung des örtlichen Jugendamtes an NinA NRW gewandt, weil Schüler*innen der Mittelstufe mit antisemitischen Schmierereien aufgefallen waren. Im weiteren Verlauf der Gespräche mit den Jugendlichen stellte sich heraus, dass es sich dabei offenbar nicht lediglich um einen „dummen Scherz" oder eine als Provokation gemeinte Aktion gehandelt hat. Vielmehr stand die Befürchtung im Raum, dass sich bei einigen der Beteiligten extrem rechte Haltungen bereits verfestigt hatten.

Beratung im gemeinsamen Team: Beispiel Schule

Vor Ort, im Büro der Schulleitung, konnte das gemischte Team dann unterschiedliche Angebote machen. Der sozialarbeiterische Zugang von NinA ermöglicht in solchen Situationen eine pädagogische Arbeit mit den rechten oder rechtsaffinen Jugendlichen.

So wird eine Lücke geschlossen, die in der Beratung durch die MBTs ansonsten offenbliebe. Der Ansatz Mobiler Beratung richtet sich im Kontext Schule in aller Regel auf Schulleitung und Kollegium. Hier gibt es oft Unsicherheiten im Umgang mit extrem rechten Äußerungen von Schüler*innen im Unterricht, aber auch mit Dominanzverhalten von rechtsaffinen Jugendlichen im Klassenverband. Im Fokus steht hier die (Wieder-)Herstellung der Handlungssicherheit von Lehrer*innen oder anderen Fachkräften an der Schule. Hierbei können MBTs zum Beispiel mit praxisorientierten Fortbildungen unterstützen. Darüber hinaus können in anschließenden Prozessen die Leitbilder und die Schulkultur in den Blick genommen werden, um sich Ziele für einen längerfristigen Umgang mit Rassismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen zu setzen. Dabei können die MBTs Erfahrungen aus anderen Schulen oder Kommunen einbringen und den „Blick über

den Tellerrand“ anregen: **Wer kann uns in unserer Stadt weiterhelfen? Wo müssen wir uns als Schule öffnen, um weiter zu kommen? Gibt es vielleicht Menschen und Organisationen im Umfeld, die sich mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sehen und mit denen wir zusammen eine Lösung finden können?**

Beratung im Netzwerk

Ergänzt wird die Arbeit von NinA NRW und den Mobilen Beratungsteams durch die ebenfalls engen Kontakte zu anderen Netzwerkpartner*innen wie der Beratung für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt oder der Elternberatung. Diese Einrichtungen und Initiativen ermöglichen es uns, jeweils entsprechend der Bedarfe in den Beratungsprozessen schnell zu reagieren und die engagierten Menschen nicht allein zu lassen. Die Schulleitung im konkreten Fall formulierte es so: *„Da sind Sie aber gut vernetzt und sortiert!“.*

*Zu den Autor*innen: Das Team der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Münster hat seinen Sitz im Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster. Unterstützt werden Einzelpersonen und Institutionen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren wollen.*

Über die Landesgrenzen hinaus...Vernetzung!

Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit[9] (GMF) sind nicht nur gesamtgesellschaftliche Probleme, sondern machen auch vor Landesgrenzen nicht Halt. So ist die rechts(extreme) Szene über verschiedene Bundesländer hinweg und bundesweit gut vernetzt. Nicht zuletzt wird dies deutlich an den – auch kurzfristigen – Mobilisierungen zu Demonstrationen. Zudem werden rechts(extreme) Diskurse in einschlägigen Zeitschriften, Büchern und im Internet deutschlandweit geführt.

Um den geschilderten Sachlagen angemessen zu begegnen, ist eine überregionale und bundesweite Vernetzung der Distanzierungs- und Ausstiegsangebote aus dem Rechtsextremismus notwendig. Als Dachverband der zivilgesellschaftlichen Ausstiegsprogramme hat sich daher die Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg" e.V.[10] (BAG) gegründet. Seit 2009 arbeiten ihre Mitglieder auf dieser Ebene zusammen.

Was macht die BAG und wozu genau Vernetzung?

Im Mittelpunkt der BAG stehen die fachliche Zusammenarbeit und der bundesweite Austausch über die praktische Arbeit sowie Entwicklungen der Gesellschaft und der rechts(extremen) Szene. Hieraus entwickeln sich die einzelnen Arbeitsbereiche.

Austausch: voneinander lernen

Die Mitglieder der BAG verfügen über vielfältige und langjährige Erfahrungen im Bereich Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit. Durch den internen Austausch von Praxis, Erkenntnissen und Methoden entwickelt sich die Arbeit jedes einzelnen Mitglieds kontinuierlich weiter: gut funktionierende Arbeitsansätze können als Best Practice verstetigt, von anderen übernommen werden und die bisherigen Methoden ergänzen; nicht funktionierende Methoden brauchen von anderen nicht ebenfalls erprobt zu werden. Zum Beispiel machen Mitglieder gute

9 Definitionen siehe „Wie wir unsere Arbeit verstehen"

10 Mitglieder: Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) mit dem Angebot „Seitenwahl", Niedersachsen; CJD e.V. mit „Kurswechsel" und „JUMP!", Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern; Drudel 11, Thüringen; St. Elisabeth-Verein e.V. mit „Rote Linie", Hessen; RE/init e.V. mit „NinA NRW", Nordrhein-Westfalen; Kieler Antigewalt- und Sozialtraining (KAST), Schleswig-Holstein; Verein für akzeptierende Jugendarbeit (VAJA) mit „reset", Bremen; Violence Prevention Network (VPN) mit „Crossroads", Berlin. Leider gibt es noch nicht in jedem Bundesland zivilgesellschaftliche Trägerstrukturen, obwohl dies vom finanzierenden Bundesprogramm des BMFSFJ so vorgesehen ist.

Erfahrungen mit dem Systemischen Ansatz, der sich gerade in der individuellen Beratungspraxis als sehr nützliches Tool erweist, um biografisch und lösungsorientiert zu arbeiten. Entsprechend überlegen nun andere Träger ebenfalls den Einsatz. Ein derartiges Vorgehen sichert die Qualität von Ausstiegsarbeit in den einzelnen Ländern. Dabei agieren die Mitglieder der BAG auf Augenhöhe miteinander und erkennen unterschiedliche Arbeitsmodelle an.

Austausch: Aktuelles aufgreifen und gestalten

Durch den Austausch und die Diskussion über aktuelle Entwicklungen in Wissenschaft, Gesellschaft, Politik und rechts(extremer) Szene ist sichergestellt, dass sich alle Mitglieder stets auf dem neuesten Stand befinden und entsprechend professionell in der eigenen Arbeit agieren können.
Wissenschaftliche Erkenntnisse wie etwa zu einem geschlechtersensiblen Ansatz in der Beratung oder zur Neuen Rechten können auf diese Weise in die stetige Weiterentwicklung der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit einfließen.

Der zurzeit stattfindende Rechtsruck in der Gesellschaft und die Reaktionen der Politik beeinflussen die Arbeit der Mitglieder und sind in allen Ausstiegsprozessen Thema. Hieran kann auch eine der aktuellen Strategien in der rechts(extremen) Szene gut illustriert werden: Mit dem Ziel, die eigenen Themen in der Mitte der Gesellschaft zu platzieren, werden andere Begriffe als bis dato üblich verwendet – z.B. Ethnopluralismus[11] statt Rassismus.

Die BAG greift derartige Themen auf und bringt ihre Fachexpertise in den öffentlichen Diskurs ein. Sie arbeitet etwa in Gremien mit, gibt Stellungnahmen und Veröffentlichungen heraus und führt Fachtagungen durch[12]. So nimmt sie auch auf diese Weise ihre Verantwortung für die Bekämpfung von Rechts(extremismus) und GMF in der Gesellschaft wahr.

Qualitätssicherung durch Qualitätsstandards

Um die Qualität der Ausstiegsarbeit bundesweit und in den einzelnen Ländern zu sichern, entwickelte die BAG Qualitätsstandards, die stetig fortgeschrieben, angepasst und spezifiziert werden. Hierzu gehören etwa gemeinsame Definitionen, z.B. wann sprechen die Mitglieder von einem gelungenen „Ausstieg", und die Einigung auf Grundsätze, nach denen die BAG und ihre Mitglieder arbeiten. Zudem werden Standards für spezielle Themen entwickelt, z.B. für den Einsatz von Ausgestiegenen in der Bildungsarbeit. Anfragen für

11 Ethnopluralismus: Jedes „Volk" habe eine unabänderliche, quasi naturhafte Identität. Diese Identität könne jedoch nur in der angestammten Heimat, der Region entfaltet werden, weshalb Menschen mit Migrationshintergrund sich selbst entfremdet würden und Konflikte mit der „einheimischen" Bevölkerung vorprogrammiert wären.
12 Mehr Informationen unter www.bag-ausstieg.de.

entsprechende Auftritte werden regelmäßig an die Ausstiegsangebote herangetragen und gesellschaftlich sehr kontrovers diskutiert. Nicht jedes Mitglied bietet derartige Formate an, stets wird auch auf andere Formate hingewiesen. Für den Fall, dass hier mit Ausgestiegenen gearbeitet wird, sind die Qualitätsstandards bindend.[13]
Die Standards bilden ein Kernstück der BAG-Arbeit und sind für alle Mitglieder verpflichtend.

Transfer von Wissen

Wichtiger Bestandteil der BAG ist der Transfer des vorhandenen Wissens und der Methodenkompetenz. Durch das Zusammentragen der Fachexpertise, die stetige Weiterentwicklung von Arbeitsweisen und die Qualitätsstandards können neue Mitglieder deutlich profitieren. Zudem setzt sich die BAG für eine Thematisierung des Umgangs mit rechts(extremen) Phänomenen in der Ausbildung und Qualifizierung von Fachkräften ein und entwickelt eine entsprechende Fortbildung.

Fallspezifische Zusammenarbeit

Innerhalb der Mitglieder der BAG besteht weiterhin die Möglichkeit zur Bildung multiprofessioneller und überregionaler Teams, wodurch sich Probleme während eines Ausstiegsprozesses bzw. besser fokussieren und lösungsorientierter bearbeiten lassen. Insbesondere bei komplizierten Fällen oder einem länderübergreifenden Aktionsradius der aussteigenden Person – oder einem notwendigen Umzug in ein anderes Bundesland – bietet sich ein derartiges Vorgehen an.

Nach welchen Grundsätzen arbeiten die BAG und ihre Mitglieder? Im Folgenden seien die handlungsleitenden Grundsätze kurz dargestellt:

Gleichwertigkeit und Respekt:
Die Arbeit ist von einem Menschenbild geprägt, für das die Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Menschen grundlegend ist und sich in den allgemeinen Menschenrechten manifestiert. Menschenverachtende, rassistische und demokratiefeindliche Einstellungen sind mit diesem Selbstverständnis unvereinbar.

Wertschätzung und Solidarität:
Grundlage von Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit ist entsprechend eine wertschätzende Haltung und ein wertschätzender Umgang mit jedem Menschen. Die Ausstiegsberater*innen sind kritische Begleiter*innen und Unterstützer*innen von Menschen auf neuen, selbstbestimmten Wegen.

13 Zum Nachlesen unter: www.bag-ausstieg.de.

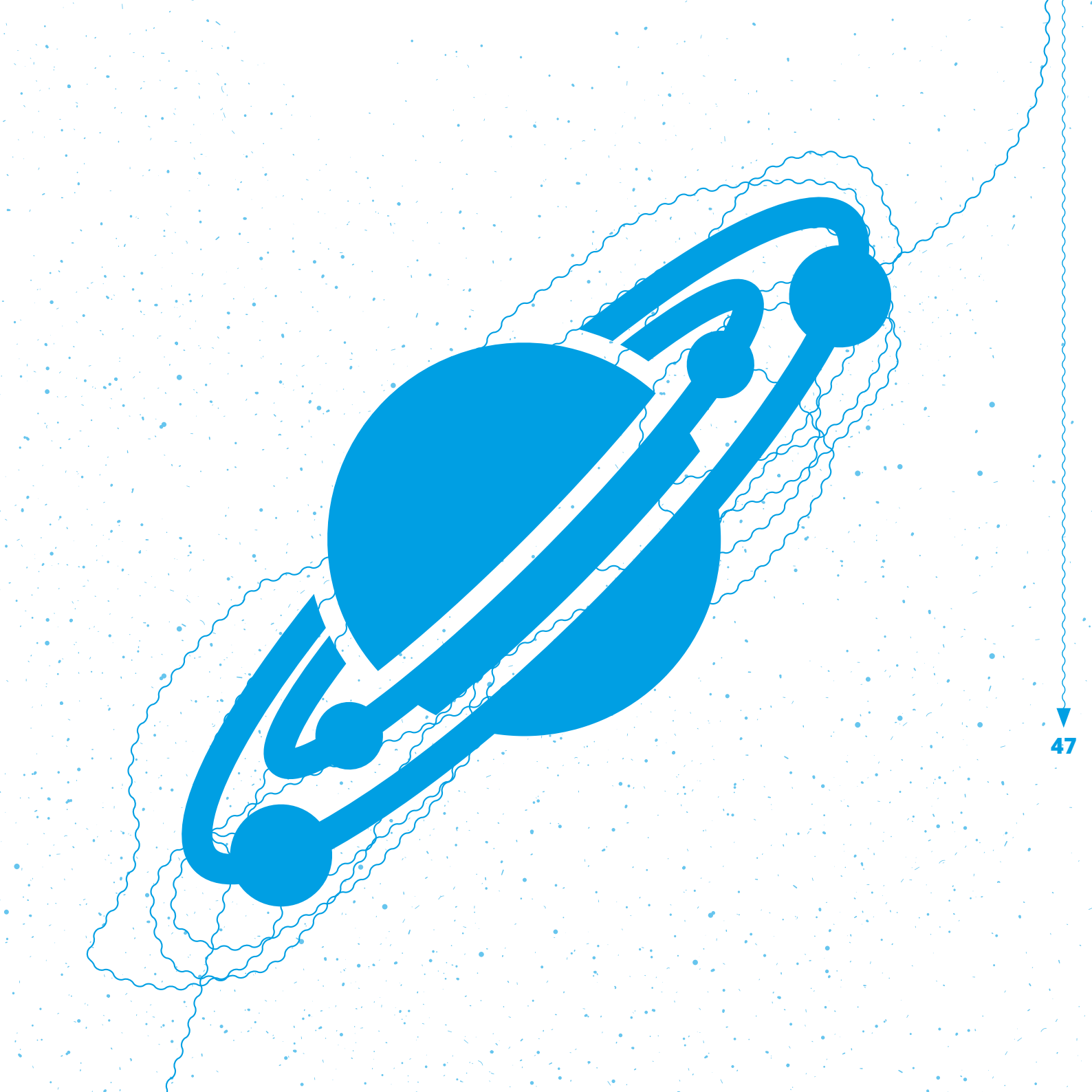
Vertraulichkeit:
Das Einhalten der gesetzlichen Bestimmungen zum Datenschutz und die damit einhergehende Verschwiegenheit ist Voraussetzung in der Zusammenarbeit und dem Austausch zwischen den Mitgliedern der BAG und externen Partner*innen zur sicheren Begleitung der Aussteiger*innen.

Transparenz:
Ziele, Zielgruppen und insbesondere Arbeitsweisen nach innen und außen transparent zu machen, ist zentrales Anliegen der BAG und ihrer Mitglieder. Dementsprechend werden beispielsweise Qualitätsstandards veröffentlicht und die Teilnahme an wissenschaftlichen Studien gewährleistet, sofern es den Ausstiegsprozess im Einzelnen nicht behindert oder gefährdet.

Professionalität:
Die Ausstiegsbegleitung der Mitglieder erfolgt professionell. Dies umfasst ein differenziertes und angemessenes Qualifikationsprofil der Mitarbeiter*innen, regelmäßige Weiterbildungen, unterstützende Maßnahmen wie z.B. Supervision oder kollegiale Beratung sowie die stetige Weiterentwicklung von Qualitätsstandards.

Von einer Vernetzung im Rahmen der BAG profitieren zum einen die beteiligten Ausstiegsangebote selbst sowie potentiell neue Mitglieder, zum anderen aber ebenso die Gesellschaft in ihren verschiedenen Bereichen wie z.B. Fachkräfte, nichtstaatliche Träger, staatliche Institutionen, Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit. Die BAG setzt sich daher für eine Verstetigung von Ausstiegsarbeit ein als wichtigen Beitrag und einen zentralen Baustein zur Vorbeugung und Bekämpfung rechts(extremer) Einstellungen und daraus resultierender Diskriminierungen und Straftaten, insbesondere zur Vermeidung von Opfern rechtsextremer Übergriffe.

Zur Autorin:
Silke Gary ist Volljuristin und Kriminologin (M.A.). Beim CJD e.V. in Hamburg ist sie als Teamleitung „Prävention Intervention Rechts“ tätig und in dieser Funktion Leitung des Angebots „Kurswechsel – Ausstiegsarbeit Rechts“.



10 Jahre Ausstiegsberatung – und nun?

Ausblick auf neue Herausforderungen

Mit den einzelnen Beiträgen unserer Broschüre haben wir auf 10 Jahre Ausstiegsberatung zurückgeblickt und hoffen, dass es uns gelungen ist, unsere tägliche Arbeit und das ihr zugrundeliegende Selbstverständnis transparenter zu machen. Da wir uns nicht als losgelöste Beratungsstelle, sondern als Teil struktureller politischer Beratungsarbeit gegen Rechtsextremismus verstehen **(Wie wir unsere Arbeit verstehen)**, ist es uns wichtig, unsere Arbeit für die fachliche Öffentlichkeit nachvollziehbar zu machen und auch Raum für Kontroversen zu geben. Um die angestrebte Transparenz zu gewährleisten, ist es unser Ziel, von nun an durch regelmäßige Publikationen einen Einblick in unsere Arbeit zu gewähren. Die diesjährige Broschüre stellt hierfür einen etwas umfangreicheren Auftakt dar.

Wir haben an uns selbst den Anspruch, die fachliche Qualität unserer Arbeit immer wieder zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Die Reflexion unserer Arbeitsweise findet daher nicht nur innerhalb des Teams und in der Supervision, sondern auch im Austausch mit Partnerprojekten auf Bundesebene und mit unseren Kooperationspartner*innen statt. Diesen Austausch wollen wir auch in den kommenden Jahren beibehalten und intensivieren.

In kommenden Publikationen planen wir – nachdem wir mit dieser Broschüre einen Gesamtüberblick gegeben haben – einen spezifischen Einblick in unsere Beratungsmethoden mit Aussteiger*innen zu geben. Beratungsverläufe sollen vom ersten Kontakt über die Durchführung der Beratung bis hin zu kollegialen Fallberatungen dargestellt werden. Wie durch den Überblick über die einzelnen Arbeitsbereiche deutlich wurde, lassen sich in der Ausstiegsarbeit aufgrund der Heterogenität der Fälle nur begrenzt standardisierte Beratungsabläufe umsetzen. Dennoch haben wir über die Jahre Leitfäden und Methoden für Beratungsgespräche und die ideologische Aufarbeitung erarbeitet, deren Inhalte und Umsetzung einer kontinuierlichen Überprüfung und Modifizierung unterliegen.

Außerdem haben wir vor, unsere Ausstiegsarbeit wissenschaftlich evaluieren zu lassen, um die Qualität unserer Arbeit überprüfen und weiterentwickeln zu können. Die Notwendigkeit der ständigen Weiterentwicklung unserer Arbeit ist begründet durch die Prozesshaftigkeit und Dynamik der Bedarfe der Ausstiegswilligen, Angehörigen und Fachkräfte. Diese Bedarfe werden unter anderem beeinflusst von gesellschaftlichen Entwicklungen in Bezug auf rechte Ideologien und auf den Umgang mit der extremen Rechten. Auch die Zielgruppe, die wir für unsere Arbeit definieren, unterliegt diesen Einflüssen.

Rechte Einstellungen zu haben und auch zu äußern, wird zurzeit zunehmend legitimiert.[12] Auch der mediale Diskurs rückt in der Art der Themensetzung, in der Begriffswahl und mit der Erweiterung der Grenzen des Sagbaren immer weiter nach rechts. Ideen des Rechtsextremismus werden mit diesen Entwicklungen auch für Menschen anschlussfähig, die sich eigentlich nicht als rechtsextrem definieren.

Diese gesellschaftliche Entwicklung hat auf unterschiedlichen Ebenen auch Einfluss auf unsere Beratungsarbeit. Die Sensibilität, rechtsextremes Verhalten zu erkennen und zu benennen, wird geschwächt. Eine Problematisierung rechter Äußerungen findet oft nicht statt. Für die ideologische Aufarbeitung können diese gesellschaftlichen Tendenzen bedeuten, dass sich Aussteiger*innen in ihren menschenverachtenden Haltungen legitimiert fühlen. Umso mehr sehen wir es als unsere Aufgabe, bei Aussteiger*innen darauf hinzuwirken, eine pluralisierte Gesellschaft anzuerkennen sowie eine menschenrechtsorientierte Haltung zu fördern, die die Gleichheit aller Menschen zur Grundlage hat.

Auch auf die Struktur der Zielgruppe der Ausgestiegenen könnten sich die beschriebenen Entwicklungen auswirken. Gruppierungen, die sich zur sogenannten Neuen Rechten zählen, bekommen Zulauf. Sie präsentieren sich elitär und intellektuell und üben daher Anziehungskraft auf Menschen aus, die sich mit rechten Einstellungen, nicht aber mit der Kameradschaftskultur identifizieren können. Unter dem Deckmantel des Ethnopluralismus werden Rassismen reproduziert und altbekannte völkisch-nationalistische Denkweisen in unveränderter Radikalität vertreten, dabei aber anschlussfähig für einen größeren Personenkreis gemacht. Sie erreichen Menschen mit eher höherem Bildungsgrad, die sich nicht als Nazis abstempeln lassen, ihre Ungleichheitsideologie aber dennoch öffentlich vertreten wollen. Gruppierungen wie die Identitäre Bewegung

geben vor, gewaltfrei und in ihren Strukturen offener als andere extrem rechte Gruppen zu sein, was sich aber nicht mit ihrem tatsächlichen Auftreten auf Demos und ihrer Nähe zu beispielsweise Kameradschaften deckt. Eine Distanzierung von Gruppierungen der Neuen Rechten bedarf also nicht weniger Beratung und Unterstützung. Die Frage, wie wir diese Zielgruppe besser erreichen können, wird in der Zukunft zu beantworten sein. Dabei werden Ansprachen über soziale Medien weiterhin eine Rolle spielen und ausgebaut werden, da sie das Medium der Neuen Rechten sind.

Der gesellschaftliche Diskurs nimmt ebenso Einfluss auf die Zusammenarbeit mit Multiplikator*innen. Im Zuge der Normalisierung rechter Argumentationsmuster im öffentlichen Diskurs werden entsprechende Äußerungen von pädagogischen Fachkräften teilweise nicht mehr wahrgenommen oder nicht problematisiert. Oft wird erst im weiteren Gespräch deutlich, dass in der betreffenden Institution rechte Vorfälle zu verzeichnen sind. Die Notwendigkeit, Sensibilität gegenüber rechten Tendenzen zu fördern, wird so einmal mehr deutlich. Es ist uns ein Anliegen, mit NinA NRW dazu beizutragen, ein verlässliches Beratungsangebot für unsere Aussteiger*innen, ihre Angehörigen und Fachkräfte zu schaffen und dieses auch in der Zukunft weiter in der Beratungslandschaft zu etablieren.

Der Einblick in die Praxis hat gezeigt, dass eine langfristige Perspektive in der Beratung wegen der meist umfangreichen Bedarfe und der Vielschichtigkeit der Ausstiegsprozesse essenziell ist. Um diese unseren Adressat*innen garantieren zu können, brauchen wir Planungssicherheit, die nur durch eine Verstetigung des Projekts gewährleistet wäre. Wir begrüßen daher den aktuell diskutierten Vorschlag eines Gesetzes zur Demokratieförderung, das bestehende Projektförderungen in eine Regelstruktur überführen würde.

12 „Kandel ist überall" oder die Diskussion um die Essener Tafel zeigen, wie rassistische Zuschreibungen Ausgangspunkt sozialer Bewegungen werden, ohne dass sie als rassistisch wahrgenommen und benannt werden. Die Verbreitung rechter Einstellungen wird auch in den Mitte-Studien erfasst. Die Mitte-Studien werden von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Universität Bielefeld durchgeführt. Sie erfassen rechtsextreme Einstellungsmuster und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit innerhalb der Gesellschaft.

Kontakte und Ansprechpartner*innen

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit
www.demokratie-leben.de

Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen
www.mkw.nrw

Landeszentrale für politische Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen
www.politische-bildung.nrw.de

Der Paritätische Nordrhein-Westfalen
www.paritaet-nrw.org

Arbeitsgemeinschaften

Bundesarbeitsgemeinschaft Ausstieg zum Einstieg
www.ausstiegzumeinstieg.de

Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen
www.ak-ruhr.de

Beratung im Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus:

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit in Nordrhein-Westfalen
www.ida-nrw.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg
www.gewaltakademie.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Detmold
www.mobile-beratung-owl.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus
im Regierungsbezirk Köln
www.mbr-koeln.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus
im Regierungsbezirk: Münster
www.mobim.info

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus
im Reguerungsbezirk Düsseldorf
www.wuppertaler-initiative.de

NRWeltoffen

Partnerschaften für Demokratie
www.demokratie-leben.de/partnerschaften-fuer-demokratie.html#r-10

TANDEM – TolerANz, fördern, DEmokratie erfahren, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit abbauen
www.tandem-nrw.de

Netzwerk Demokratie und Courage (NDC) – Landesnetzstelle Nordrhein-Westfalen
www.netzwerk-courage.de/web/151.html

Schule ohne Rassismus –
Schule mit Courage (Landeskoordination NRW)
www.schule-ohne-rassismus.org/wer-wir-sind/landeskoordinationen/nordrhein-westfalen/

NRW gegen Diskriminierung

www.nrwgegendiskriminierung.de

Beratung von Betroffenen rassistischer und rechter Gewalt

Opferberatung Rheinland (OBR)
www.opferberatung-rheinland.de

Back Up (Westfalen)
www.backup-nrw.org

Weitere Ausstiegsberatungen in NRW

Staatliches Aussteigerprogramm Rechtsextremismus
www.aussteiger.nrw.de

COME BACK Beratung zum Ausstieg aus der rechtsextremen Szene
www.backup-comeback.de

Der Weg zu uns

Kontaktmöglichkeiten & weiterführende Informationen

Homepage: **www.nina-nrw.de**
Facebook: **www.facebook.com/nina.nrw.ausstiegsberatung**
E-Mail: **nina.nrw@reinit.de**
Helpline: **0176 931 197 65**

Positionspapiere, Flyer etc.
www.nina-nrw.de/wordpress/links-downloads

Die Qualitätsstandards der
Bundesarbeitsgemeinschaft Ausstieg zum Einstieg e. V.
www.ausstiegzumeinstieg.de

NinA NRW